

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1998

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

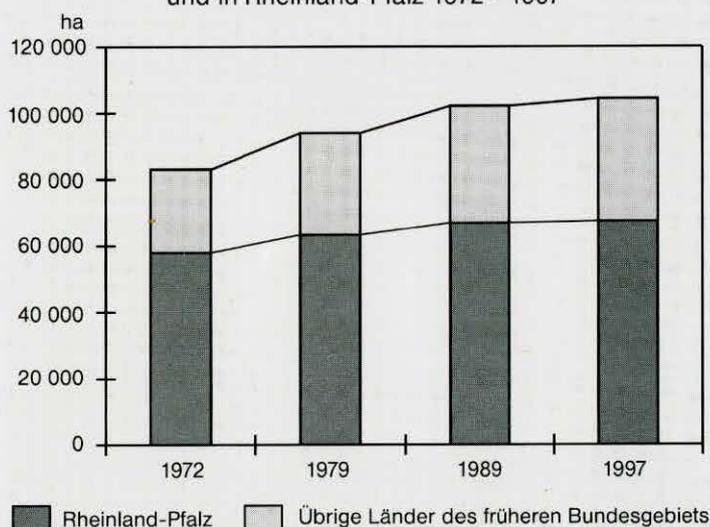
September

Oktober

November

Dezember

Bestockte Rebfläche im früheren Bundesgebiet
und in Rheinland-Pfalz 1972 - 1997



Inhalt

Baugenehmigungen von Fertigteilmbauten	121	In den letzten 30 Jahren wurden 38 800 Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Fertighäuser erteilt, die in vier von fünf Fällen Einfamilienhäuser betrafen. Diese hatten im Zeitraum 1988 bis 1997 einen Anteil von 13,1 % an allen Gebäuden dieser Art.
Methodische Änderungen bei der sozialökonomischen Betriebstypisierung und der Nachweisung der Arbeitskräfte landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen der Agrarberichterstattung	129	Mit der Agrarberichterstattung 1997 wurden die Kriterien für die sozialökonomische Betriebstypisierung landwirtschaftlicher Betriebe erweitert und der Nachweis der Arbeitskräfte von Personengesellschaften geändert. Über die methodischen Neuerungen wird berichtet.
Der Weinbau in der amtlichen Statistik – Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Rebflächen und Betrieben –	137	Es wird ein Überblick über die aus der amtlichen Statistik verfügbaren Daten zu Weinbaubetrieben und Rebflächen gegeben.
Anhang	33*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	39*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

In 10 Jahren 12 100 Fertighäuser genehmigt

Die Baubehörden des Landes genehmigten von 1988 bis 1997 insgesamt 12 096 Fertighäuser mit zusammen 14 857 Wohnungen. Der überwiegende Teil davon betraf Einfamilienhäuser (83 %), die bei einer durchschnittlichen Wohnfläche von knapp 125 m² im Schnitt 289 700 DM kosteten. Die meisten dieser industriell vorgefertigten Wohngebäude sollten in den rheinhessischen Kreisen Alzey - Worms (842) und Mainz-Bingen (618) entstehen. Die intensivste Bautätigkeit – gemessen an der Relation Wohnungen je 1 000 Einwohner – gab es in diesen 10 Jahren außer im Kreis Alzey-Worms (9,2) noch in den Kreisen Donnersberg und Daun (je 6,6).

Die Zahl der 1988 bis 1997 genehmigten Nichtwohngebäude im Fertigteilbau war mit 7 646 niedriger als im Wohnbau. Bedingt durch die Größe der Betriebsgebäude lagen die Baukosten je Fall mit 988 000 DM deutlich höher. Die meisten Fertigbauten gewerblicher Art sollten im Westerwaldkreis (646) entstehen. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 121.

Für 1997 erstmals Ergebnisse für landwirtschaftliche Betriebe, die als Personengesellschaft geführt werden

Die Agrarberichterstattung liefert alle 2 Jahre umfangreiche Daten über die Struktur landwirtschaftlicher Betriebe. Zunehmend werden landwirtschaftliche Betriebe gegründet, die in der Rechtsform einer Personengesellschaft, z. B. einer BGB - Gesellschaft, geführt werden. Dies war der Anlaß, beginnend mit der Agrarberichterstattung 1997, Ergebnisse für Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind, getrennt nach Einzelunternehmen und Personengesellschaften aufzubereiten. Der Nachweis der Arbeitskräfte von Personengesellschaften wurde ebenfalls ab 1997 geändert. Während bis 1995 die Arbeitskräfte von Personengesellschaften den Familienarbeitskräften zugeordnet waren, werden sie jetzt zusammen mit den Arbeitskräften, die keine Familienangehörigen des Betriebsinhabers sind, unter den familienfremden Arbeitskräften erfaßt.

Rund 2 % der 40 250 landwirtschaftlichen Betriebe wurden 1997 in Rheinland - Pfalz als Personengesellschaft geführt. Sie bewirtschafteten etwa 4,5 % der

landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) des Landes. Die durchschnittliche Betriebsgröße betrug 47 ha LF. Einzelunternehmen kamen dagegen nur auf 18 ha LF. Fast 44 % der Personengesellschaften wiesen ein Standardbetriebsseinkommen von über 100 000 DM auf. Bei den Einzelunternehmen waren es nur 8 %. Die Personengesellschaften beschäftigten etwa 3 500 Personen, von denen fast die Hälfte vollbeschäftigt war. Der vergleichbare Anteil betrug in den Einzelunternehmen nur 22 %. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 129.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - April		Veränderung
	1997	1998	
	Mill. DM		%
Landessteuern	346,6	543,4	56,8
Vermögensteuer	25,4	15,0	- 40,8
Erbschaftsteuer	- 32,6	46,6	X
Gründerwerbsteuer (Landesanteil)	-	60,9	X
Kraftfahrzeugsteuer	259,7	315,3	21,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	67,2	69,9	4,0
Feuerschutzsteuer	0,6	8,8	X
Biersteuer	26,3	26,9	2,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen ¹⁾	1 721,9	1 844,6	7,1
Lohnsteuer	1 572,1	1 616,5	2,8
Veranlagte Einkommensteuer	- 130,7	- 192,8	X
Kapitalertragsteuer	46,6	367,1	X
Zinsabschlag	104,6	103,9	- 0,7
Körperschaftsteuer	129,4	- 50,1	X
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 387,2	1 390,3	0,2
Umsatzsteuer	1 108,4	1 059,8	- 4,4
Einfuhrumsatzsteuer	278,7	330,5	18,6
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	31,4	36,4	16,0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	18,2	19,8	9,2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	47,9	55,5	16,0
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	-	8,7	X
Insgesamt	3 553,1	3 898,8	9,7

1) Lohnsteuereinnahmen nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.

kurz + aktuell

Informationen über Weinbau aus unterschiedlichen Quellen

Bundesweit entfielen nach den Ergebnissen der Rebflächenerhebung 1997 rund 65 % der bestockten Rebfläche Deutschlands auf Rheinland-Pfalz. Insgesamt belief sich die bestockte Rebfläche im Land auf 67 414 ha. Unter den deutschen Anbaugebieten sind Rheinhessen (26 330 ha) und die Pfalz (23 488 ha) die größten. Erst mit einem Abstand folgt das Anbaugebiet Baden (15 759 ha).

Die Zahl der diese Fläche bewirtschaftenden Weinbaubetriebe geht alle 10 Jahre aus den Ergebnissen der Weinbauerhebungen hervor. Seit der letzten Weinbauerhebung 1989 wurde sie in Rheinland-Pfalz durch eine Sonderaufbereitung auf der Basis der Bodennutzungshaupterhebung aktualisiert. Nach diesen Ergebnissen ging die Zahl der Betriebe zwischen 1989 und 1997 jährlich im Durchschnitt um 4,3 % zurück.

Von den bei der Agrarberichterstattung 1997 erfaßten landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt bewirtschafteten rund 43 % Rebflächen. Landesweit wurden annähernd 10 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche als Rebland bewirtschaftet. In einigen Landkreisen waren es im Durchschnitt der dort ansässigen Betriebe sogar deutlich mehr als 40 %. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 137.

Ende 1997 erstmals mehr als eine Million Wohngebäude in Rheinland-Pfalz Wohnungsversorgung mit 435 Wohnungen je 1 000 Rheinland-Pfälzer ausgezeichnet

Der rheinland-pfälzische Wohnungsbestand hat sich zum 31. Dezember 1997 auf insgesamt 1 748 958 Wohnungen erhöht. Gegenüber Ende 1996 (1 721 845) war ein Nettozugang von 27 113 Wohnungen zu verzeichnen. Auf 1 000 Rheinland-Pfälzer kommen 435 Wohnungen, womit sich der Wohnungsversorgungsgrad gegenüber Ende 1996 (430 Wohnungen) nochmals deutlich verbessert hat.

Im Bestand befanden sich Anfang 1998 erstmals mehr als eine Million Wohngebäude (1 008 526). Davon sind 694 193 Einfamilienhäuser (68,8 %), 205 741 Zweifamilienhäuser (20,4 %) und 108 592 Mehrfamilienhäuser mit drei und mehr Wohnungen (10,8 %).

Die Gesamtwohnfläche aller Wohnungen (Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden) betrug 167,6 Mill. m². Jedem Rheinland-Pfälzer stehen im Schnitt rund 42 m² an Wohnfläche zur Verfügung. hes

Im Jahr 1997 gab es mehr Geburten, aber weniger Hochzeiten als im Vorjahr

Im Jahr 1997 stellte sich die Entwicklung bei den Geburten und Sterbefällen in Rheinland-Pfalz etwas günstiger dar als 1996. Im abgelaufenen Jahr stieg die Zahl der geborenen Kinder um rund 750 auf fast 41 700, eine Zunahme um 1,8 %. Im gleichen Zeitraum starben 43 210 Menschen, 540 oder 1,2 % weniger als ein Jahr zuvor. Damit waren 1997 wiederum mehr Sterbefälle als Geburten zu registrieren.

Von den Neugeborenen waren 1997 rund 21 390 Jungen und 20 290 Mädchen. Damit kamen auf 1 000 Mädchengeburten 1 054 Geburten von Jungen. Diese Relation fällt bei Kindern ausländischer Eltern bzw. Mütter mit 1 137 wesentlich ungleicher aus.

Von den im zurückliegenden Jahr geborenen Rheinland-Pfälzern hatten 12,2 % Eltern, die ohne Trauschein zusammenlebten bzw. alleinlebende Mütter. Damit ist dieser Anteil weiter gestiegen. In den siebziger und achtziger Jahren waren erst rund 6 bis 8 % der Neugeborenen Kinder von nicht verheirateten Eltern.

Die Heiratsfreudigkeit der Landesbewohner hat 1997 weiter abgenommen. Nur 22 500 Paare gaben sich das Jawort, 240 weniger als ein Jahr davor. Im Jahr 1990 hatten sogar noch fast 25 200 Frauen und Männer den Weg zum Standesamt gewählt. ko

Rund 1,2 Mill. Fahrzeuge auf dem Prüfstand

Im Jahre 1997 wurden von den Überwachungsstellen für den Kraftfahrzeugverkehr in Rheinland-Pfalz knapp 1,1 Mill. Kraftfahrzeuge und rund 100 000 Fahrzeuganhänger auf ihre Verkehrssicherheit überprüft. In 49 % der Fälle wurden von den Prüfern keine Mängel festgestellt, 35 % der Fahrzeuge wiesen geringe und 16 % erhebliche Mängel auf. Rund 900 Fahrzeuge waren nicht verkehrssicher und mußten stillgelegt werden.

Bei 74 % der untersuchten Fahrzeuge handelte es sich um Personenkraftwagen. Von diesen wiesen mehr als die Hälfte Mängel auf; 841 (0,1 %) mußten aufgrund des Prüfberichts aus dem Verkehr gezogen werden. Bei den 86 200 geprüften Bussen, Lastkraftwagen und sonstigen Kraftfahrzeugen wurden 59 % beanstandet. Wie auch in den Jahren zuvor schnitten die Kraffräder am besten ab. Zwei Drittel von ihnen waren ohne Mängel. schm

Baugenehmigungen von Fertigteilbauten

Auf einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der 50. Internationalen Handwerksmesse in München im März diesen Jahres wurde bemängelt, daß das Bauen in Deutschland zu teuer ist¹⁾. Diese Feststellung wurde durch einen Vergleich der Zahlen innerhalb der EU getroffen und ergänzt durch die Tatsache, daß die Quote der Eigenheim- und Wohnungsbesitzer in Deutschland europaweit fast am Ende der Länderskala liegt.

Die Gründe für das teure Bauen sind vielfältig: zu teurer Grunderwerb, zu hohe Erschließungskosten, die Löhne der deutschen Bauarbeiter und die Preise der Bauunternehmen, besonders aber die Wünsche der Bauherren wie voll ausgebaute Keller oder Erker, große Fensterflächen und Balkone, Verwendung von Steinen und Ziegeln statt Holz und Beton-Dachplatten. Gefordert wird von den Fachleuten eine präzisere kostenorientierte Planung, eine bessere Baustellenlogistik und eine geringere Fertigungstiefe auf der Baustelle durch mehr Vorfertigung bei geringerer Gewerketrennung, d.h. zum Beispiel Rohbau, Dach und der technische Ausbau können überwiegend aus einer Hand erstellt werden. Diese letzte Forderung wird durch den Fertigteilbau in erheblichem Maße bereits erfüllt.

Statistik erfaßt Fertigteilbauten

In den 60er Jahren kam eine neue Art des Hausbaus auf – das Fertighaus. Die amtliche Statistik wies ab dem Jahr 1968 im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik alle genehmigten Fertigteilbauten nach. Die anfangs geringen Fallzahlen steigerten sich im Laufe der Jahre; es kam zur Gründung zahlreicher überregional tätiger Herstellerfirmen. Die im Baugenehmigungsbogen gestellte Frage nach der Bautätigkeit (konventionelle Bauart/Fertigteilbau) etablierte sich fest im Statistik-Katalog und fiel auch nicht den zwischenzeitlich stattgefundenen Streichungs- und Kürzungsmaßnahmen (z. B. Statistikbereinigungsverordnung von 1996) zum Opfer. Auch in dem ab dem 1.1.1999 gültigen neuen Hochbaustatistikgesetz (HBauStatG) ist die Frage nach dem Fertigteilbau berücksichtigt.

In 30 Jahren 38 800 Fertighäuser genehmigt

Seit der ersten statistischen Erfassung der Fertighäuser vor 30 Jahren wurden von den unteren Bauaufsichtsbehörden in Rheinland-Pfalz 38 794 Wohngebäude zum Bau freigegeben. Waren es am Anfang nur wenige hundert Gebäude pro Jahr, so vergrößerte sich deren Zahl ab den 70er Jahren recht schnell und überschritt 1972 erstmals die 1 000er Grenze (1 126). Die gute allgemeine Baukonjunktur Ende der 70er Jahre schlug sich auch im Fertighausbau nieder: mit 2 418 und 2 634 genehmigten Wohngebäuden wurden 1979 und 1980 zum ersten und letzten Mal in dem Beobachtungszeitraum die Grenze von mehr als 2 000 Häusern in einem Jahr überschritten. Die gegen Mitte bis Ende der 80er Jahre etwas nachgebende Baukonjunktur hatte verhältnismäßig geringe Auswirkungen auf den Fertigteilbau. Das Wohnungsbau-Boomjahr 1994 brachte auch einen steilen Anstieg der genehmigten Fertighäuser (1 456); der danach einsetzende Rückgang ergab im Folgejahr mit 920 Gebäuden erstmals seit 1971 wieder ein Ergebnis, das die 1 000er Marke nicht erreichte.

Der insgesamt sehr zügige Einstieg der Fertighausbranche in den Markt und die folgende Konsolidierung ihrer Stellung auf der Anbieterseite lassen diese Gruppe als festen Bestandteil der Bauproduktion erkennen. Die mit der Herstellung von Fertigteilhäusern befaßten Betriebe haben sich schon seit längerer Zeit einen festen Marktanteil erarbeitet und damit auch für sichere Arbeitsplätze gesorgt.

Im Gegensatz zu dem Bau in konventioneller Art zeichnen den Fertighausbau einige Kriterien aus, die für den Bauherrn oftmals entscheidend sind, sich ein Fertighaus zu kaufen. Mit an oberster Stelle der Gründe dürfte die Festpreis-Garantie und der vereinbarte Fertigstellungstermin stehen. Dadurch ist es dem Bauherrn möglich, sowohl in finanzieller als auch zeitlicher Hinsicht zu disponieren und zudem mögliche Kosten einer Zwischenfinanzierung einzusparen. Die in den letzten Jahren immer stärker geforderte Energieeinsparung ist bei den Fertighäusern schon lange realisiert, die Gebäude haben inzwischen den Standard von Niedrigenergiehäusern erreicht. In Musterhausausstellungen kann der Bauherr die Objekte besichtigen; die dort gezeigten Häuser und die Kataloge bieten nur Anregun-

1) Süddeutsche Zeitung, Nr. 58, 11. März 1998, Seite 29.

Genehmigte Wohngebäude im Fertigteilbau¹⁾ 1988-1997 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Wohngebäude insgesamt	darunter mit...		Wohnungen insgesamt	Wohnungen je 1000 der Bevölkerung	Wohnfläche je Wohnung	Veranschlagte Baukosten
		1 Wohnung	2 Wohnungen				
	Anzahl						m ²
Kreisfreie Stadt Koblenz	22	19	1	41	0,4	97,6	8 519
Landkreise							
Ahrweiler	405	330	68	491	4,1	111,4	120 608
Altenkirchen (Ww.)	516	444	66	596	4,5	111,9	144 394
Bad Kreuznach	611	478	125	990	6,5	94,4	202 229
Bad Kreuznach, St.	64	46	14	315	7,5	55,2	35 356
Birkenfeld	250	221	20	316	3,5	111,4	77 456
Idar-Oberstein, St.	47	44	3	50	1,5	124,0	14 111
Cochem-Zell	229	194	31	265	4,2	110,2	69 145
Mayen-Koblenz	433	359	68	530	2,7	112,1	138 332
Andernach, St.	24	19	5	29	1,0	117,2	7 343
Mayen, St.	31	24	6	39	2,0	110,3	10 556
Neuwied	589	491	91	695	4,1	114,8	173 750
Neuwied, St.	28	22	6	34	0,5	114,7	8 189
Rhein-Hunsrück-Kreis	431	369	55	499	5,1	117,0	136 659
Rhein-Lahn-Kreis	435	374	54	503	4,1	118,1	132 279
Lahnstein, St.	9	6	3	12	0,7	141,7	3 170
Westerwaldkreis	794	657	127	942	5,0	111,8	225 953
RB Koblenz	4 715	3 936	706	5 868	4,1	110,0	1 429 324
Kreisfreie Stadt Trier	35	31	4	39	0,4	123,1	10 281
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	259	238	21	280	2,5	102,5	65 838
Bitburg-Prüm	316	271	39	371	4,0	108,9	97 813
Daun	344	291	51	401	6,6	109,5	103 540
Trier-Saarburg	518	466	47	603	4,6	105,8	129 447
RB Trier	1 472	1 297	162	1 694	3,4	107,3	406 919
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	48	35	11	64	1,3	123,4	16 655
Kaiserslautern	91	71	18	116	1,2	114,7	28 679
Landau i. d. Pfalz	53	37	14	88	2,3	106,8	24 065
Ludwigshafen a. Rhein	148	116	21	170	1,0	113,5	53 727
Mainz	55	39	15	75	0,4	114,7	20 159
Neustadt a. d. Weinstr.	111	93	15	135	2,6	123,7	39 474
Pirmasens	42	35	6	53	1,1	117,0	13 644
Speyer	109	104	4	144	3,0	77,1	22 017
Worms	144	118	22	175	2,2	114,9	46 180
Zweibrücken	93	81	11	111	3,2	118,9	31 283
Landkreise							
Alzey-Worms	842	680	149	1 019	9,2	110,9	274 967
Bad Dürkheim	565	473	82	669	5,2	119,0	190 916
Donnersbergkreis	391	306	79	485	6,6	117,1	128 824
Germersheim	395	317	69	489	4,3	112,5	130 223
Kaiserslautern	446	346	88	569	5,4	113,4	135 720
Kusel	294	237	54	354	4,5	113,0	89 847
Südliche Weinstraße	510	425	74	628	6,0	117,0	182 176
Ludwigshafen	484	393	84	599	4,3	112,2	153 831
Mainz-Bingen	618	467	137	794	4,4	110,1	185 693
Bingen am Rhein, St.	37	30	7	44	1,8	115,9	10 763
Ingelheim am Rhein, St.	35	25	10	45	2,0	120,0	12 146
Südwestpfalz	470	399	65	558	5,4	117,9	147 690
RB Rheinhessen-Pfalz	5 909	4 772	1 018	7 295	3,8	113,6	1 915 770
Kreisfreie Städte	951	779	142	1 211	1,2	111,0	314 683
Landkreise	11 145	9 226	1744	13 646	4,8	111,5	3 437 330
Rheinland-Pfalz							
1988 - 1997	12 096	10 005	1 886	14 857	3,8	111,5	3 752 013
1988 - 1992	5 953	4 958	914	7 307	1,9	109,3	1 685 077
1993 - 1997	6 143	5 047	972	7 550	1,9	113,6	2 066 936

1) Errichtung neuer Gebäude.

gen. Der Fertigbau ermöglicht heute bei Größe, Grundriß, Raumaufteilung und Ausstattung die Berücksichtigung individueller Wünsche, die bei einem Ausbauhaus auch von dem Bauherrn selbst realisiert werden können.

Überwiegend Einfamilienhäuser

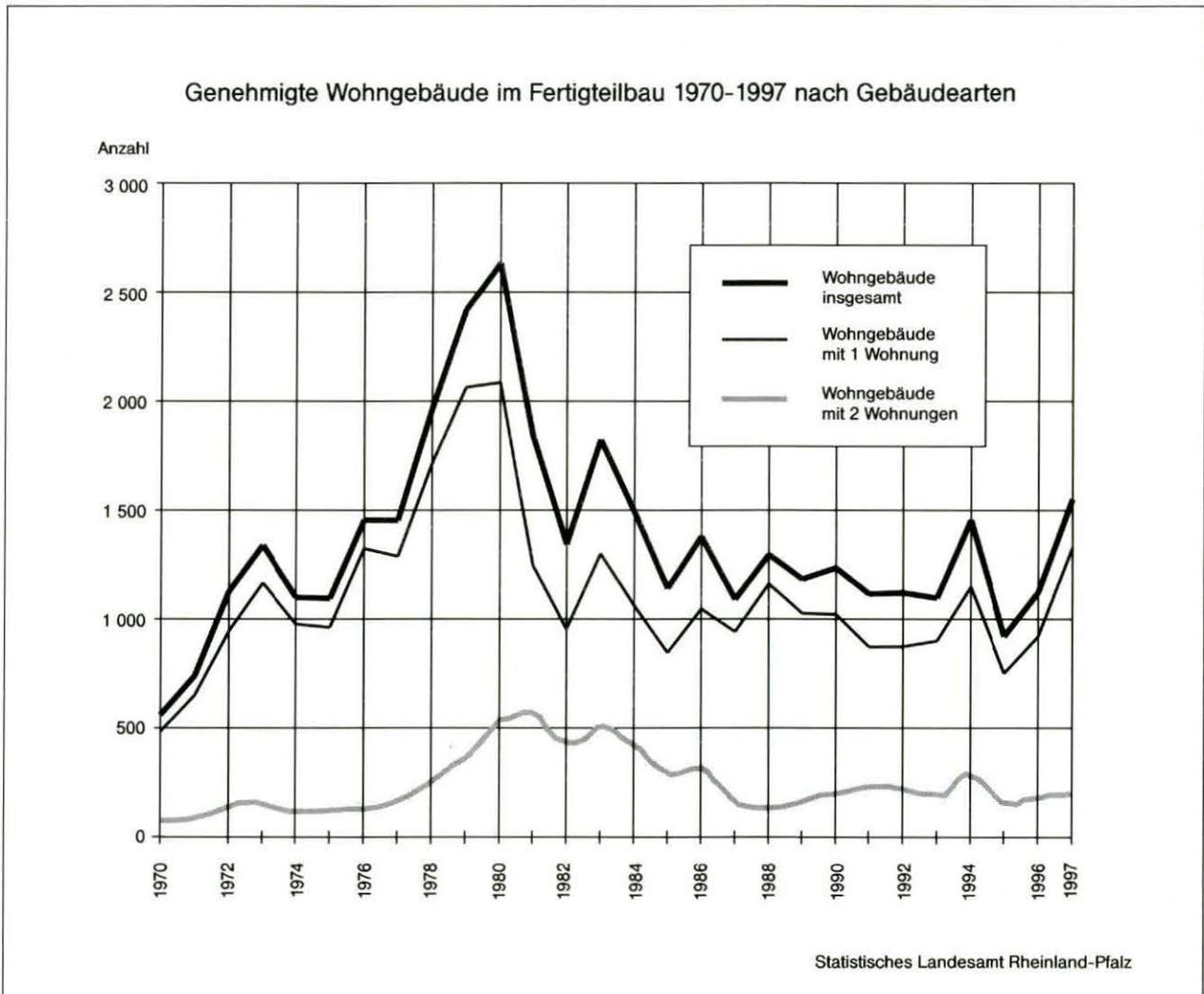
Das Gebäude mit einer Wohnung ist als das Kennzeichen des Fertigteilbaus anzusehen. Im Durchschnitt erreichte es in den letzten 30 Jahren einen Anteil von knapp 82 %. Dieser Wert wies aber erhebliche Schwankungen auf; er bewegte sich zwischen 67,8 % (1981) und 91,1 % (1976). Dementsprechend variierten die Gebäude mit zwei Wohnungen, deren Mittelwert sich auf 17,2 % stellte. Extrem hoch war die Quote der Zweifamilienhäuser in den Jahren 1980 bis 1986 und 1992, in denen Anteile zwischen 20 und 31,2 % verbucht werden konnten. Ohne Bedeutung sind im Fertigteilbau die Mehrfamilienhäuser, die es auf einem Minimalanteil von 1,2 % brachten.

Bei einem Vergleich mit dem konventionellen Wohnungsbau kommt es zwangsläufig zu Verschiebungen der Anteile, da hier der Geschößwohnungsbau noch zu

berücksichtigen ist. Für den Zeitraum 1980 bis 1997 bringen es Einfamilienhäuser auf eine durchschnittliche Quote von 67,5 %, die Zweifamiliengebäude auf 21,4 % und die Mehrfamilienhäuser auf 11,1 %. Diese Mittelwerte sind teilweise starken jährlichen Schwankungen unterworfen. Die Anteile der Gebäude mit drei und mehr Wohnungen lagen bis 1989 im einstelligen Bereich; mit ansteigender Baukonjunktur zu Anfang der 90er Jahre ging diese Quote bis auf Größenordnungen von 20,3 bzw. 21,1% in den Jahren 1994/95 hoch, um danach wieder abzufallen.

Vergleich Fertigteilbau – gesamter Wohnungsbau

Um die Bedeutung und Stellung des Fertigteilbaus auf dem Bausektor zu beurteilen, bietet sich ein Vergleich mit den insgesamt errichteten Gebäuden an. In die Untersuchung einbezogen werden jeweils nur Einfamilienhäuser, da sie im Fertigteilbau sehr stark dominieren. Insgesamt wurden von 1988 bis 1997 landesweit 76 399 Wohngebäude mit einer Wohnung genehmigt, davon waren 10 005 Gebäude in Fertigbauweise. Die im Durchschnitt dieses Zeitraums erzielte Quote von 13,1 % variierte zwischen 11,6 % (1995) und 15,7 % (1997). Der Verlauf der Fertigteilbaugenehmigungen ist



als ziemlich konstant und gefestigt anzusehen. Diese Aussage wird unterstrichen durch die Tatsache, daß in den beiden 5-Jahres-Blöcken 1988 bis 1992 und 1993 bis 1997 die Anteile mit 13 bzw. 13,2 % fast identisch waren.

Geringere Wohnfläche der Fertighäuser

Die Anteile am Rauminhalt (11,4 %), an der Wohnfläche (11,8 %) und an den veranschlagten Baukosten (11,6 %) bezogen auf die genehmigten Einfamilienhäuser insgesamt sind in dem Zehnjahreszeitraum nahezu gleich. Festzustellen ist, daß Häuser in Fertigteilbauweise etwas kleiner und auch billiger waren als die vergleichbaren Objekte im konventionellen Bau. Im Durchschnitt der Jahre 1988 bis 1997 kosteten Fertighäuser 290 000 DM und hatten bei 749 m³ Rauminhalt eine Wohnfläche von 125 m²; die vergleichbaren Zahlen für den Wohnbau insgesamt stellen sich auf 327 000 DM, 861 m³ und 138 m². Bei den Kosten je m³ und m² sind bei beiden Bauvarianten keine gravierenden Unterschiede erkennbar. Für die vorgefertigten Einheiten errechnen sich 387 und 2 325 DM, dem stehen 379 und 2 361 DM für den Wohnbau insgesamt gegenüber.

Die von 1988 bis 1997 genehmigten 12 096 Fertighäuser mit 14 857 Wohnungen wurden überwiegend von privaten Haushalten (11 381) als Bauherren errichtet (94 %), die hierfür knapp 3,6 Mrd. DM aufwenden mußten. Nahezu bedeutungslos sind Unternehmen (674) und öffentliche Bauherren (33).

Konzentration im Bezirk Rheinhessen-Pfalz

Die in den letzten zehn Jahren genehmigten 12 096 Wohngebäude im Fertigbau sollten in 49 % der Fälle im einwohnerstärksten Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz entstehen, 39 % im Bezirk Koblenz und die restlichen 12 % im Bezirk Trier. Bezogen auf die geplanten Wohnungen ergab sich eine analoge Aufteilung.

Auf Landesebene sollten zwei von drei Fertigwohnungen in Einfamilienwohnhäusern errichtet werden, in den Bezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz lag dieser Prozentsatz minimal höher bzw. niedriger, eine Ausnahme bildet der Bezirk Trier mit fast 77 %. In diesem Bezirk planten die Bauherren auch die wenigsten Gebäude mit zwei Wohnungen (19 %, sonst 24 bis 28 %) und die mit drei und mehr Wohnungen (4,3 %). Durch einige besondere Baumaßnahmen in der Stadt Bad Kreuznach stieg dieser Wert für den Bezirk Koblenz auf 8,9 %.

Landkreis Alzey-Worms an der Spitze

Von den 24 Landkreisen waren im Kreis Alzey-Worms die meisten Wohnungen zwischen 1988 und 1997 in Fertigteilbauweise geplant (1 019), es folgten die Kreise Bad Kreuznach (990), Mainz-Bingen (794), Neuwied (695) und Bad Dürkheim (669). Spitzenreiter bei den Städten war Worms (175) vor Ludwigshafen (170).

Baugenehmigungen für Wohngebäude mit 1 Wohnung im Wohn- und Fertigteilbau 1988-1997 nach Rauminhalt, Wohnfläche und Baukosten

- Errichtung neuer Gebäude -

Jahr	Wohnbau						darunter: Fertigteilbau									
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnfläche	Veranschlagte Baukosten			Gebäude		Rauminhalt		Wohnfläche		Veranschlagte Baukosten			
				insgesamt	je m ³ Rauminhalt	je m ² Wohnfläche	insgesamt	Anteil am Wohnbau insgesamt	insgesamt	Anteil am Wohnbau insgesamt	insgesamt	Anteil am Wohnbau insgesamt	insgesamt	Anteil am Wohnbau insgesamt	je m ³ Rauminhalt	je m ² Wohnfläche
	Anzahl	1000 m ³	1000 m ²	1 000 DM	DM	DM	Anzahl	%	1000 m ³	%	1000 m ²	%	1 000 DM	%	DM	
1988	7 550	6 241	973,9	2 018 101	323	2 072	1 160	15,4	904	14,5	142,2	14,6	296 453	14,7	328	2 085
1989	7 843	6 432	1 012,1	2 098 600	326	2 074	1 027	13,1	771	12,0	122,7	12,1	257 653	12,3	334	2 100
1990	8 052	6 772	1 073,2	2 263 968	334	2 110	1 022	12,7	783	11,6	126,7	11,8	269 163	11,9	344	2 124
1991	7 393	6 265	1 001,5	2 201 374	351	2 198	874	11,8	681	10,9	109,7	11,0	245 455	11,2	360	2 238
1992	7 281	6 442	1 023,3	2 393 821	372	2 339	875	12,0	664	10,3	109,9	10,7	256 367	10,7	386	2 333
1993	7 666	6 749	1 082,1	2 663 683	395	2 462	899	11,7	681	10,1	113,0	10,4	281 129	10,6	413	2 488
1994	8 634	7 624	1 235,7	3 105 974	407	2 514	1 148	13,3	794	10,4	136,6	11,1	323 399	10,4	407	2 367
1995	6 488	5 803	940,1	2 443 380	421	2 599	752	11,6	566	9,8	96,0	10,2	242 980	9,9	429	2 531
1996	7 039	6 180	1 013,8	2 642 573	428	2 607	919	13,1	692	11,2	119,8	11,8	304 294	11,5	440	2 540
1997	8 453	7 259	1 208,6	3 113 295	429	2 576	1 329	15,7	957	13,2	170,2	14,1	421 999	13,6	441	2 479
1988-1992	38 119	32 152	5 084	10 975 864	341	2 159	4 958	13,0	3 803	11,8	611,2	12,0	1 325 091	12,1	348	2 168
1993-1997	38 280	33 615	5 480	13 968 905	416	2 549	5 047	13,2	3 690	11,0	635,3	11,6	1 573 801	11,3	427	2 477
1988-1997	76 399	65 767	10 564	24 944 769	379	2 361	10 005	13,1	7 492	11,4	1 246,6	11,8	2 898 892	11,6	387	2 325

Genehmigte Wohngebäude im Fertigteilbau¹⁾ 1988-1997 nach Gebäudearten und Bauherren

Gebäudeart Bauherr	Gebäude	Wohnungen		Nutzfläche	Rauminhalt	Veranschlagte Baukosten
		insgesamt	Wohnfläche			
	Anzahl		1 000 m ²		1 000 m ³	1 000 DM
Wohngebäude mit ...						
1 Wohnung	10 005	10 005	1 246,6	257,8	7 492	2 898 892
2 Wohnungen	1 886	3 772	337,3	50,1	1 785	698 491
3 und mehr Wohnungen ²⁾	205	1 080	72,1	10,0	400	154 630
Öffentliche Bauherren	33	53	2,6	0,4	39	13 254
Unternehmen	674	1 209	96,6	12,8	495	176 471
Private Haushalte	11 381	13 563	1 554,7	304,2	9 134	3 557 971
Organisationen ohne Erwerbszweck	8	32	1,7	0,5	10	4 317
1988 - 1997	12 096	14 857	1 655,9	317,8	9 678	3 752 013
1988 - 1992	5 953	7 307	798,3	127,1	4 823	1 685 077
1993 - 1997	6 143	7 550	857,6	190,7	4 855	2 066 936

1) Errichtung neuer Gebäude. - 2) Einschließlich Wohnheime.

Nur 8,2 % aller in Fertigteilbau vorgesehenen Wohnungen sollten in den kreisfreien Städten entstehen. Dieser Wert erscheint auf den ersten Blick niedrig, wenn man bedenkt, daß er bei den im gleichen Zeitraum genehmigten Neubauwohnungen bei 11 % lag, im Jahr 1997 sogar bei 16,2 %. Die Ursache liegt in den beim Fertigteilbau im allgemeinen fehlenden Geschloßwohnungen, die eher im städtischen Bereich entstehen als in ländlich dörflichen Gebieten. Ein anderes Kriterium sind die in den kreisfreien Städten weitaus höheren Preise für baureifes Land; im Jahr 1996 mußte hierfür im Durchschnitt je Quadratmeter 410 DM bezahlt werden, in den Kreisen dagegen nur 111 DM.

Die Aufteilung der Bauintensität auf die einzelnen Verwaltungsbezirke läßt sich durch die Relation genehmigte Wohnungen je 1 000 Einwohner darstellen. In die

Kategorie „bis 1,9“ fielen sieben Städte und Kreise (darunter Koblenz, Trier und Mainz mit den niedrigsten Werten von 0,4); 8mal war die Gruppe „2,0 bis 3,9“ belegt, die von „4,0 bis 5,9“ sogar 16mal. Spitzenreiter war auch in dieser Übersicht wieder der Kreis Alzey-Worms mit der höchsten Relation von 9,2. Es folgen die Kreise Donnersberg und Daun (je 6,6) sowie Bad Kreuznach (6,5) und Südliche Weinstraße (6,0).

Überdurchschnittlicher Anteil von Fertigteilhäusern

Der rheinland-pfälzische Anteil an den genehmigten neuen Wohngebäuden lag in dem Bereich des früheren Bundesgebietes in den neunziger Jahren ziemlich konstant zwischen 7 und 8 %. Etwas höher beliefen sich dagegen die Quoten im Fertigteilbau. Sie erreichten in

Genehmigte Nichtwohngebäude im Fertigteilbau¹⁾ 1988-1997 nach Gebäudearten und Bauherren

Gebäudeart Bauherr	Gebäude	Wohnungen		Nutzfläche	Rauminhalt	Veranschlagte Baukosten
		insgesamt	Wohnfläche			
	Anzahl		1 000 m ²		1 000 m ³	1 000 DM
Anstaltsgebäude	13	-	-	16,7	106	59 830
Büro- und Verwaltungsgebäude	367	103	7,0	498,9	2 583	1 039 143
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	1 718	22	2,4	889,7	5 210	424 182
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	5 193	247	25,7	6 543,7	44 026	5 544 307
Fabrik- und Werkstattgebäude	1 776	108	11,2	2 370,2	16 968	2 290 811
Handels- und Lagergebäude	2 956	127	13,0	3 651,0	24 964	2 863 038
Verkehrsgebäude	361	8	1,0	452,4	1 738	271 246
Sonstige Nichtwohngebäude	355	27	2,5	291,9	1 782	486 518
Öffentliche Bauherren	334	2	0,3	258,8	1 493	471 648
Unternehmen	7 059	350	34,3	7 842,0	51 449	6 898 938
Private Haushalte	122	42	2,8	75,0	394	80 033
Organisationen ohne Erwerbszweck	131	5	0,3	65,2	370	103 361
1988 - 1997	7 646	399	37,6	8 240,9	53 707	7 553 980
1988 - 1992	3 594	114	10,9	4 166,9	27 302	3 462 349
1993 - 1997	4 052	285	26,7	4 073,9	26 405	4 091 631

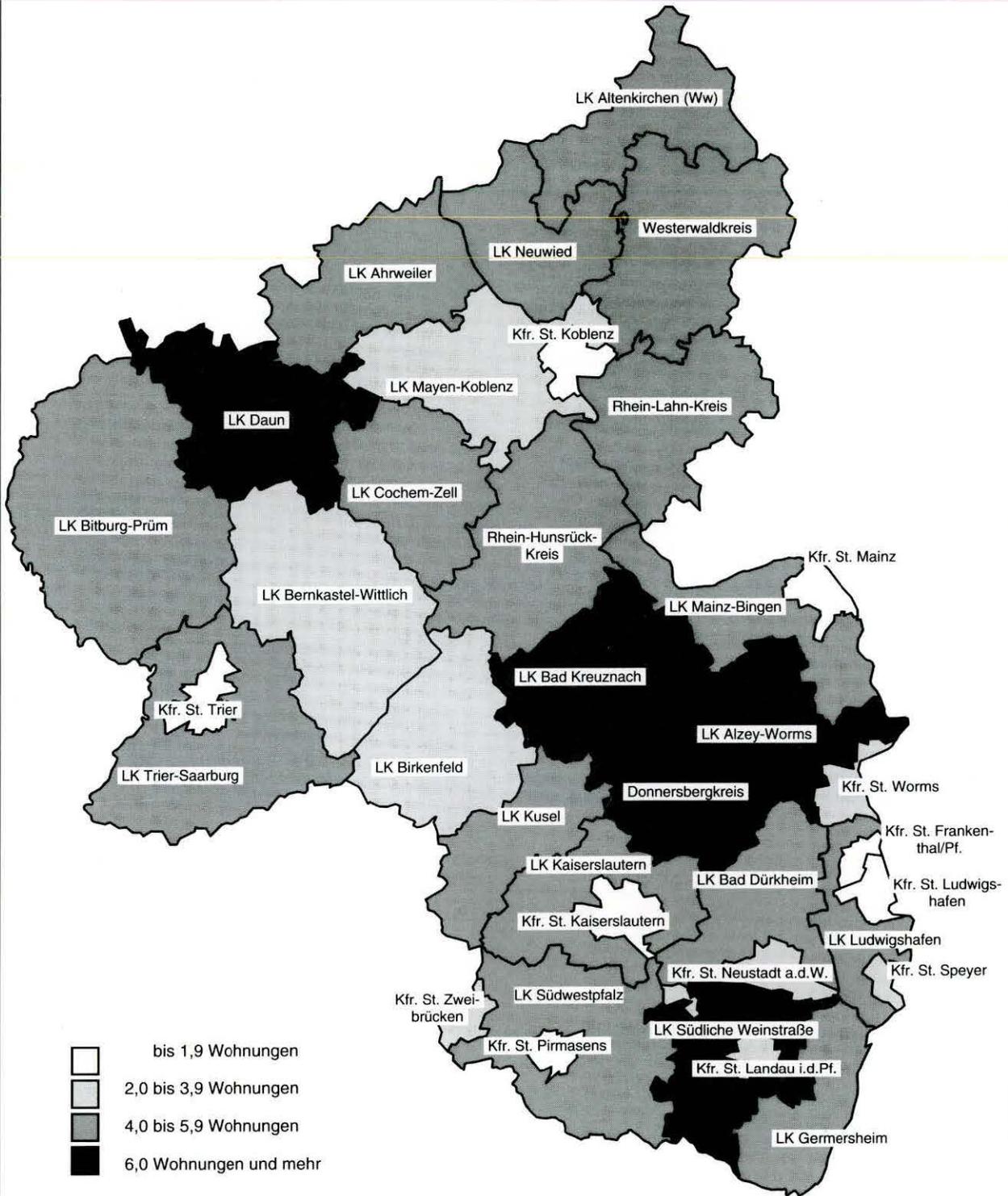
1) Errichtung neuer Gebäude.

Genehmigte Nichtwohngebäude im Fertigteilbau¹⁾ 1988-1997 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Nicht- wohngebäude insgesamt	Rauminhalt	Nutzfläche		Wohnungen insgesamt	Veranschlagte Baukosten
			insgesamt	je Gebäude		
	Anzahl	1 000 m ³	1 000 m ²	m ²	Anzahl	1 000 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	128	878	157,7	1 232	10	198 427
Landkreise						
Ahrweiler	191	1 189	194,0	1 016	11	178 603
Altenkirchen (Ww.)	341	1 761	292,5	858	17	252 134
Bad Kreuznach	297	2 206	320,5	1 079	4	243 791
Bad Kreuznach, St.	95	731	113,3	1 193	-	93 648
Birkenfeld	202	1 205	181,5	899	5	144 078
Idar-Oberstein, St.	40	581	82,1	2 053	3	68 305
Cochem-Zell	161	1 325	197,7	1 228	2	132 849
Mayen-Koblenz	433	3 467	500,9	1 157	12	389 056
Andernach, St.	59	368	56,5	958	1	47 631
Mayen, St.	51	422	55,7	1 092	-	44 970
Neuwied	363	2 647	377,1	1 039	16	330 740
Neuwied, St.	203	1 733	236,3	1 164	6	207 963
Rhein-Hunsrück-Kreis	264	1 260	211,0	799	8	157 093
Rhein-Lahn-Kreis	234	1 094	172,8	738	8	172 354
Lahnstein, St.	38	350	43,5	1 145	2	41 283
Westerwaldkreis	646	4 298	673,4	1 042	27	502 144
RB Koblenz	3 260	21 330	3 279,2	1 006	120	2 701 269
Kreisfreie Stadt Trier	135	1 778	238,0	1 763	1	266 433
Landkreise						
Bernkastel-Wittlich	154	1 032	148,3	963	-	102 865
Bitburg-Prüm	369	1 382	223,5	606	5	239 149
Daun	216	797	139,1	644	7	94 996
Trier-Saarburg	189	1 166	174,9	925	9	157 919
RB Trier	1 063	6 155	923,9	869	22	861 362
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz)	77	769	119,8	1 556	6	110 601
Kaiserslautern	90	1 512	196,0	2 178	7	197 720
Landau i. d. Pfalz	89	613	93,8	1 054	15	112 214
Ludwigshafen a. Rhein	228	1 932	396,5	1 739	9	343 960
Mainz	172	2 708	471,8	2 743	50	770 793
Neustadt a. d. Weinstr.	98	462	79,5	811	6	66 014
Pirmasens	97	865	144,2	1 487	3	150 308
Speyer	90	808	115,4	1 282	2	110 931
Worms	116	1 673	204,4	1 762	11	149 904
Zweibrücken	81	1 338	170,7	2 107	6	192 599
Landkreise						
Alzey-Worms	152	635	96,0	632	9	92 381
Bad Dürkheim	260	1 226	204,4	786	58	222 854
Donnersbergkreis	156	677	111,2	713	6	80 317
Germersheim	342	2 506	362,2	1 059	16	356 456
Kaiserslautern	173	932	148,5	858	4	131 818
Kusel	149	604	94,9	637	3	74 397
Südliche Weinstraße	223	1 541	234,8	1 053	13	185 848
Ludwigshafen	286	1 661	256,4	897	13	199 267
Mainz-Bingen	253	2 612	361,4	1 428	17	318 971
Bingen am Rhein, St.	40	853	104,2	2 605	2	78 663
Ingelheim am Rhein, St.	33	338	56,6	1 715	2	66 675
Südwestpfalz	191	1 149	176,0	921	3	123 996
RB Rheinhessen-Pfalz	3 323	26 222	4 037,8	1 215	257	3 991 349
Kreisfreie Städte	1401	15 336	2 387,8	1 704	126	2 669 904
Landkreise	6 245	38 371	5 853,1	937	273	4 884 076
Rheinland-Pfalz						
1988 - 1997	7 646	53 707	8 240,9	1 078	399	7 553 980
1988 - 1992	3 594	27 302	4 166,9	1 159	114	3 462 349
1993 - 1997	4 052	26 405	4 073,9	1 005	285	4 091 631

1) Errichtung neuer Gebäude.

Genehmigte Wohnungen im Fertigteilbau je 1000 Einwohner
in den Landkreisen und kreisfreien Städten 1988 - 1997



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

den Jahren 1988 bis 1997 im Durchschnitt 9,7 %; 1988 und 1989 wurden sogar Anteile von 12,8 bzw. 11,6 % erreicht.

Diese Tatsache überrascht nicht, da es sich bei den Fertigteilbauten nahezu vollständig um Einfamilienhäuser handelt und dieser Gebäudetyp im Land überdurchschnittlich vertreten ist. Nach Schleswig-Holstein (75 %) entfallen hierauf in Rheinland-Pfalz 70 % aller Wohngebäude. Umgekehrt ist – bedingt durch die weite ländliche Struktur und nur wenige Großstädte – der Geschosswohnungsbau unterrepräsentiert. Nach den Ergebnissen der letzten 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 erreichte hier Rheinland-Pfalz mit einer Quote von 10 % den zweitniedrigsten Wert der alten Bundesländer (17 %).

7 600 Nichtwohngebäude im Fertigteilbau genehmigt

Von 1988 bis 1997 wurden 7 646 Genehmigungen zur Errichtung neuer Nichtwohngebäude im Fertigteilbau erteilt, davon 53 % in den letzten fünf Jahren. Vielfach wird diese Bauweise bevorzugt, um innerhalb kürzester Zeit die Gebäude nutzen zu können und entsprechende betriebliche Planungen zu realisieren. Gut zwei von drei dieser Gebäude zählten zur Kategorie der nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäude (5 193), von denen wiederum mehr als die Hälfte den Handels- und Lagergebäuden (2 956) zuzuordnen waren. Jeweils ein knappes Viertel der Fertigteilbauten betrafen landwirtschaftliche Betriebsgebäude (1 718) sowie Fabrik- und Werkstattgebäude (1 776). Unter den Bauherren rangierten – erwartungsgemäß – die Unternehmen mit einem Anteil von 92 % an erster Stelle.

Je nach Verwendungszweck differieren die Größen der geplanten Nichtwohngebäude. Durchschnittlich am kleinsten sind die landwirtschaftlichen Einrichtungen mit einer Nutzfläche von 518 m², Produktionsgebäude erreichen eine Größenordnung zwischen 1 200 und gut 1 300 m².

Größe und Ausstattung der Objekte bestimmen die Baukosten. Der Durchschnittspreis je Gebäude in Höhe von 988 000 DM wird bei weitem nicht von den landwirt-

schaftlichen Betriebsgebäuden erreicht (247 000 DM), die oft in Einfachstbauweise ohne besondere technische Einrichtungen erstellt werden. Das Gegenstück hierzu sind Büro- und Verwaltungsgebäude (2 832 000 DM), die durch eine aufwendigere Bauweise und qualitativ hochwertiger bautechnischer Ausstattung die höchsten Kosten je Gebäude verursachen.

Die in den geplanten Nichtwohngebäuden enthaltenen 399 Wohnungen sind mit einer Durchschnittsgröße von 94,2 m² deutlich kleiner als die im Wohnbau erstellten Einheiten (111,5 m²). Oftmals dürfte es sich bei diesen Wohnungen um Betriebswohnungen für Hausmeister oder anderes Personal handeln.

Fast jedes 12. Nichtwohngebäude im Westerwaldkreis

Der nach der Zahl der Fälle im Wohnbau mit deutlichem Abstand führende Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz konnte seine Spitzenstellung bei den genehmigten Nichtwohngebäuden im Fertigteilbau ganz knapp vor dem fast gleichauf liegenden Bezirk Koblenz halten (3 323 bzw. 3 260). Die meisten Nichtwohngebäude sollten in den Kreisen Westerwald (646), Mayen-Koblenz (433), Neuwied (363), Germersheim (342) und Altenkirchen (341) errichtet werden. Die stärksten Bauaktivitäten verzeichneten die Städte Ludwigshafen (228) und Mainz (172).

Die durchschnittliche Nutzfläche auf Landesebene von 1 078 m² je Gebäude wurde von den Landkreisen nicht erreicht (937 m²), von den kreisfreien Städten dagegen bei weitem übertroffen (1 704 m²). Bis auf die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße konnten alle elf übrigen Städte den Landesdurchschnittswert übertreffen. Besonders große Objekte mit hoher Nutzflächenzahl waren in Zweibrücken (2 107 m²), Kaiserslautern (2 178 m²) und Mainz (2 743 m²) vorgesehen, bei den Landkreisen waren es Mainz-Bingen (1 428 m²) und Cochem-Zell (1 228 m²).

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Methodische Änderungen bei der sozialökonomischen Betriebstypisierung und der Nachweisung der Arbeitskräfte landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen der Agrarberichterstattung

Die Agrarberichterstattung findet alle 2 Jahre auf der Grundlage des Gesetzes über Agrarstatistiken statt. Sie liefert in den Jahren zwischen den etwa alle 10 Jahre durchzuführenden Landwirtschaftszählungen wichtige Daten über die Strukturentwicklung landwirtschaftlicher Betriebe. Um die Auskunftspflichtigen zu entlasten und die Kosten für die Erhebung möglichst gering zu halten, erfolgt die Agrarberichterstattung abwechselnd allgemein und repräsentativ. Darüber hinaus werden im Rahmen der allgemeinen Erhebung einige Merkmale auch nur repräsentativ erhoben.

Nur ein Teil der Merkmale wie z. B. die sozialökonomischen Verhältnisse, die Eigentums- und Pachtverhältnisse und der Anfall und die Aufbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft, werden bei den Betrieben direkt erhoben. Angaben über die Nutzung der Bodenflächen, die Viehbestände und die Arbeitskräfte werden zur Vermeidung von Doppelbefragungen aus der Bodennutzungshaupterhebung, der Viehzählung und der Arbeitskräfteerhebung in die Agrarberichterstattung übernommen. Die Daten lassen sich mit Hilfe der an jedem Betrieb vergebenen Betriebsnummer betriebsweise zusammenführen, aufbereiten und darstellen.

Der Erhebungsbereich der Agrarberichterstattung umfaßt Betriebe, die 1 ha und mehr landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) oder 1 ha Waldfläche bewirtschaften. Betriebe, die weniger als 1 ha LF bewirtschaften, aber über bestimmte pflanzliche oder tierische Produktionskapazitäten (z. B. mehr als 30 Ar Rebfläche oder mehr als 8 Rinder) verfügen, werden ebenfalls einbezogen. Die Ergebnismachweise erfolgen überwiegend nur

für landwirtschaftliche Betriebe. Bei einem landwirtschaftlichen Betrieb handelt es sich um einen Betrieb, der überwiegend landwirtschaftliche, gartenbauliche oder weinbauliche Produkte erzeugt. Dies wird in der Regel als gegeben angesehen, wenn die LF gleich oder größer als 10 % der Waldfläche ist. Ist dies nicht der Fall, wird er den Forstbetrieben zugeordnet.

Mit der Agrarberichterstattung 1997 wurden die Kriterien für die sozialökonomische Betriebstypisierung erweitert und der Nachweis der Arbeitskräfte von landwirtschaftlichen Betrieben, die in der Rechtsform „Personengesellschaft“ geführt werden, geändert. Erstmals werden auch tiefergegliederte Ergebnisse für Personengesellschaften erstellt. Ausgewählte Ergebnisse für Personengesellschaften sowie die methodischen Änderungen werden im folgenden dargestellt.

Zukünftig auch Ergebnisse für Personengesellschaften

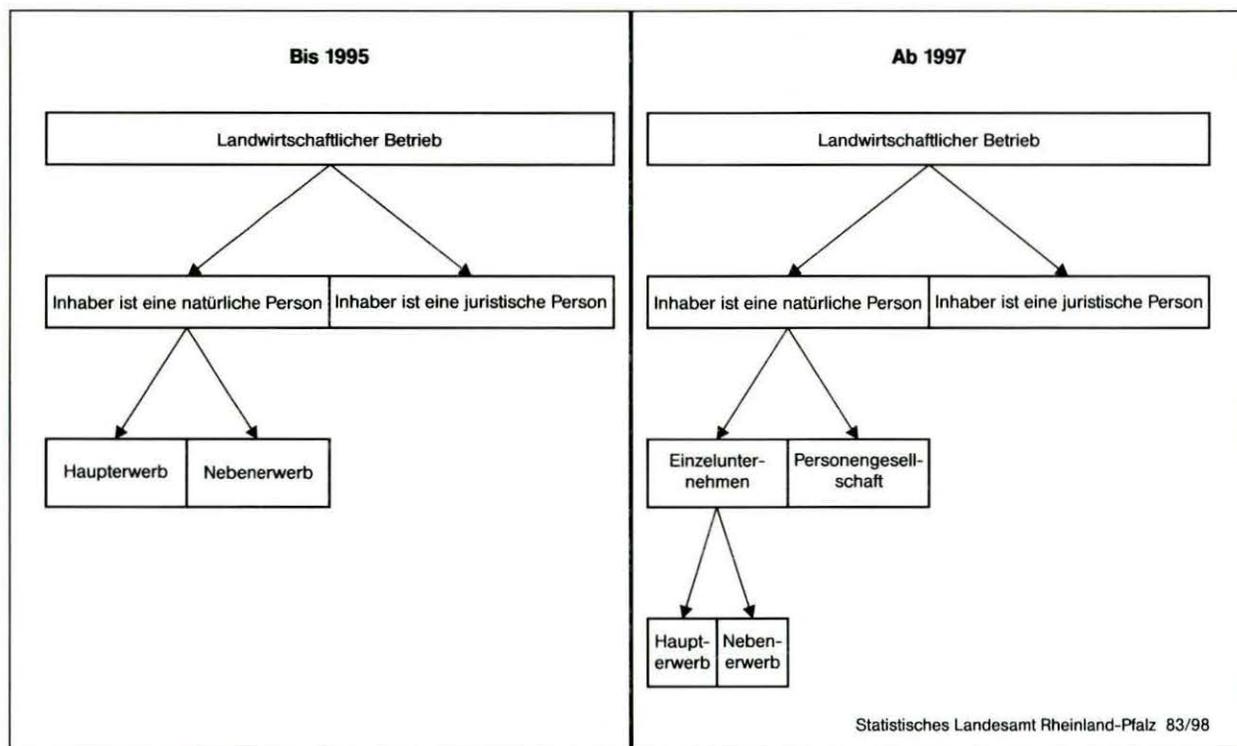
Bis einschließlich 1995 wurden die Ergebnisse für Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind und für Betriebe, deren Inhaber juristische Personen sind, aufbereitet. Als natürliche Person gelten Einzelpersonen, Ehepaare oder Geschwister, ferner nicht eingetragene Vereine, BGB-Gesellschaften oder offene Handelsgesellschaften. Zu den juristischen Personen zählen beispielsweise Genossenschaften oder eingetragene Vereine sowie Kirchen oder Gebietskörperschaften (Bund, Bundesland, Kreis, Gemeinde). Betriebe in der Hand natürlicher Personen wurden ferner nach sozialökonomischen Betriebstypen unterschieden.

Landwirtschaftliche Betriebe¹⁾ 1995 und 1997 nach sozialökonomischen Betriebstypen und Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Haupterwerbsbetriebe nach der ... Definition					Nebenerwerbsbetriebe nach der ... Definition				
	alten		neuen			alten		neuen		
	1995		1997			1995		1997		
	1 000 Betriebe	%	1 000 Betriebe	%	1 000 Betriebe	%	1 000 Betriebe	%		
unter 1	0,6	0,4	2,3	0,4	2,9	5,0	5,2	20,6	4,5	19,5
1 - 2	1,0	0,8	4,9	0,5	3,7	5,1	5,2	20,6	4,7	20,7
2 - 5	2,3	2,2	13,6	2,0	13,4	5,3	5,4	21,4	5,3	23,2
5 - 10	2,2	2,1	13,5	2,2	14,7	3,8	3,8	15,0	3,2	13,9
10 - 20	2,4	2,4	15,1	2,0	13,9	3,3	3,2	12,6	2,8	12,0
20 - 30	1,7	1,6	10,2	1,4	9,8	1,3	1,3	5,3	1,3	5,6
30 - 50	2,9	2,9	18,1	2,5	17,0	0,8	0,8	3,1	0,8	3,5
50 - 100	2,8	2,7	17,3	2,6	17,9	0,3	0,3	1,3	0,4	1,6
100 und mehr	0,8	0,8	5,1	1,0	6,7	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
Insgesamt	16,7	15,9	100	14,6	100	25,0	25,3	100	23,0	100

1) Deren Inhaber eine natürliche Person ist; bzw. der Rechtsform Einzelunternehmen.

Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen



Betriebe, die in der Rechtsform einer Personengesellschaft geführt werden, haben in den neuen Bundesländern bereits seit Jahren größere Bedeutung. Ihre Zahl nimmt jedoch auch in den alten Bundesländern zu. Da sich die betrieblichen Verhältnisse der Personengesellschaften deutlich von denen der Einzelunternehmen unterscheiden, werden seit 1997 in einigen Tabellen der Agrarberichterstattung die Ergebnisse nach den Rechtsformen „Einzelunternehmen“, „Personengesellschaft“ und „juristische Personen“ dargestellt. Die sozialökonomische Betriebstypisierung bezieht sich sinnvollerweise jetzt nur noch auf die Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen.

Häufige Gründe für die Bildung einer Personengesellschaft sind die Einbindung des Hofnachfolgers in die Betriebsführung oder der Wunsch nach einer Steigerung des betrieblichen Einkommens. Mit einer Personengesellschaft kann der Hofnachfolger nach Abschluß seiner Ausbildung in die Betriebsführung eingebunden und ihm eine gewisse finanzielle Sicherheit geboten werden. Der Hofnachfolger übernimmt dann mehr und mehr Verantwortung und wächst im Laufe der Jahre in die Betriebsführung hinein, während der bisherige Inhaber sich zurückzieht. Sobald der Betriebsinhaber das Rentenalter erreicht, wird die Personengesellschaft dann wieder aufgelöst.

Daneben gründen die Inhaber von Einzelunternehmen, die nicht miteinander verwandt sein müssen, eine Personengesellschaft, um die Produktionskosten durch die Bildung größerer Einheiten zu senken. Sie bringen dazu entweder den ganzen Betrieb oder nur einzelne Produktionsbereiche in die Personengesellschaft ein.

Die bessere Auslastung der Maschinen und der Einkauf größerer Mengen an Produktionsmitteln (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel) im Vergleich zu Einzelunternehmen führten zu sinkenden Produktionskosten und durch den Verkauf größerer Mengen können oftmals höhere Verkaufspreise realisiert werden. Neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten werden auch soziale Gründe für die Bildung einer Personengesellschaft genannt. So läßt sich die in der Landwirtschaft nach wie vor recht hohe Arbeitsbelastung der Betriebsinhaber auf mehrere Schultern verteilen.

Personengesellschaften sind deutlich größer als Einzelunternehmen

Einzelunternehmen dominieren nach wie vor in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. Nur knapp 2 % der landwirtschaftlichen Betriebe wurden 1997 in Rheinland-Pfalz als Personengesellschaft, zumeist in der Rechtsform einer BGB-Gesellschaft, geführt. Sie bewirtschafteten rund 4,5 % der LF des Landes. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Personengesellschaften betrug 47 ha LF. Einzelunternehmen kamen dagegen nur auf 18 ha LF. Die größere Flächenausstattung zeigt sich auch in einer Gliederung der Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche. 14 % der Personengesellschaften verfügten über mehr als 100 ha LF. Fast 24 % kamen auf 50 bis 100 ha LF. Bei den Einzelunternehmen erreichten nur 3 bzw. 8 % die genannten Größenordnungen. Die deutlich größere Ausstattung der Personengesellschaften mit Produktionsfaktoren schlägt sich auch beim Standardbetriebseinkommen nieder. Fast 44 % der Personenge-

sellschaften erzielten ein Standardbetriebseinkommen von mehr als 100 000 DM. Dies traf bei den Einzelunternehmen nur für 8 % der Betriebe zu.

Die Personengesellschaften haben zwar eine größere Flächenausstattung, der Anteil der Pachtfläche an der LF der Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken war mit 61 % jedoch nur unwesentlich höher als bei den Einzelunternehmen (58 %). Die Pachtpreiszahlungen der Personengesellschaften für Ackerland betragen 344 DM. Sie lagen damit um 19 DM oder 6 % über dem von Einzelunternehmen gezahlten Pachtpreis. Die Differenz ist mit 37 DM beim Dauergrünland deutlich größer. Die Personengesellschaften bezahlten 199 DM je ha Dauergrünland.

Wie auch bei den Einzelunternehmen war die Betriebsform Dauerkulturbetriebe bei den Personengesellschaften mit 44 % die häufigste, gefolgt von den Futterbaubetrieben. Deren Anteil war mit 31 % fast doppelt so groß wie der der Marktfruchtbetriebe (16 %). Bei den Einzelunternehmen wurden dagegen nur 25 % als Futterbaubetriebe geführt. Die Marktfruchtbetriebe kamen hier auf einen Anteil von 21 %.

Neue Kriterien für die sozialökonomische Betriebs-typisierung

Im Rahmen der Aufbereitung erfolgt für Betriebe, deren Inhaber eine natürliche Person ist, auch eine Typisierung nach sozialökonomischen Betriebstypen. Bis einschließlich 1995 wurden unterschieden

- Betriebe, in denen das betriebliche Einkommen größer ist als das außerbetriebliche Einkommen des Betriebsinhaberehepaars einschließlich Betriebe ohne außerbetrieblichem Einkommen des Betriebsinhaberehepaars (Haupterwerbsbetriebe),
- Betriebe, in denen das betriebliche Einkommen kleiner ist als das außerbetriebliche Einkommen des Betriebsinhaberehepaars (Nebenerwerbsbetriebe).

Grundlage für diese sozialökonomische Gliederung bildete die Frage an den Betriebsinhaber und seinen Ehegatten nach dem Vorhandensein eines außerbetrieblichen Einkommens wie Erwerbseinkommen, Pensionen, Renten, Mieten, Pachten oder Kapitaleinkünfte

Landwirtschaftliche Betriebe 1997¹⁾ nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen

Berichtsmerkmal	Einzelunternehmen			davon				Personengesellschaften		
				Haupterwerbsbetriebe		Nebenerwerbsbetriebe				
	Anzahl		LF	Anzahl	LF	Anzahl	LF	Anzahl		LF
	1000	%	1000 ha	1000	1000 ha	1000	1000 ha	1000	%	1000 ha
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha										
unter 1	4,9	13,0	2,9	0,4	0,2	4,5	2,7	0,0	5,7	0,0
1 - 2	5,3	14,1	7,4	0,5	0,8	4,7	6,5	0,0	5,5	0,1
2 - 5	7,3	19,4	23,7	2,0	6,7	5,3	17,0	0,1	15,0	0,3
5 - 10	5,3	14,2	38,0	2,2	15,8	3,2	22,2	0,1	9,6	0,5
10 - 20	4,8	12,8	68,7	2,0	29,1	2,8	39,6	0,1	9,8	1,0
20 - 30	2,7	7,2	66,7	1,4	35,4	1,3	31,3	0,0	6,5	1,2
30 - 50	3,3	8,7	128,7	2,5	98,3	0,8	30,4	0,1	10,1	2,7
50 - 100	3,0	7,9	206,3	2,6	182,0	0,4	24,3	0,2	23,7	12,2
100 und mehr	1,0	2,7	139,9	1,0	136,0	0,0	3,9	0,1	14,0	15,0
Insgesamt	37,6	100	682,3	14,6	504,3	23,0	177,9	0,7	100	33,0
Standardbetriebseinkommen ²⁾ von ... DM										
unter 5 000	15,4	41,1	59,0	0,5	3,9	15,0	55,1	0,1	8,8	0,2
5 000 - 10 000	4,1	11,0	40,6	0,6	7,0	3,5	33,6	0,0	5,0	0,3
10 000 - 20 000	4,2	11,1	56,6	1,7	21,4	2,5	35,1	0,1	11,6	0,8
20 000 - 30 000	2,7	7,1	49,8	1,7	27,8	1,0	22,0	0,0	5,4	0,2
30 000 - 50 000	3,5	9,4	85,9	2,8	66,7	0,7	19,2	0,1	8,9	1,7
50 000 - 75 000	2,9	7,8	99,7	2,7	92,2	0,2	7,5	0,0	7,0	1,5
75 000 - 100 000	1,7	4,6	79,9	1,7	76,7	0,1	3,2	0,1	9,8	3,0
100 000 und mehr	3,0	7,9	210,8	2,9	208,6	0,0	2,3	0,3	43,5	25,4
darunter Betriebsform ²⁾										
Marktfruchtbetriebe	7,9	21,0	231,9	2,4	150,8	5,4	81,1	0,1	16,0	7,0
Futterbaubetriebe	9,5	25,4	282,4	3,7	219,4	5,8	62,9	0,2	31,3	20,2
Veredlungsbetriebe	0,7	1,8	20,5	0,4	18,0	0,3	2,5	0,0	2,4	0,9
Dauerkulturbetriebe	16,5	43,9	106,8	6,9	88,7	9,5	18,1	0,3	44,3	3,8

1) Deren Inhaber eine natürliche Person ist. - 2) Vorläufig.

Arbeitskräfte und AK-Einheiten in landwirtschaftlichen Betrieben 1995 und 1997 nach Beschäftigungsgruppen und Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Betriebsinhaber und seine auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen						Ständige Arbeitskräfte die keine Familienarbeitskräfte des Betriebsinhabers sind			
	insgesamt		im Betrieb beschäftigt				insgesamt		vollbeschäftigt	
			zusammen		vollbeschäftigt					
	1995	1997	1995	1997	1995	1997	1995	1997	1995	1997
1 000										
Personen										
unter 1	14,3	12,1	9,3	7,8	0,4	0,5	0,3	0,8	0,2	0,5
1 - 2	16,9	14,2	9,7	8,5	0,7	0,6	0,2	0,3	0,1	0,1
2 - 5	22,5	20,6	13,3	12,3	2,2	2,1	0,5	1,2	0,3	0,7
5 - 10	19,4	16,2	11,7	10,1	2,5	2,4	0,5	0,7	0,3	0,4
10 - 20	19,5	16,1	11,4	9,6	2,9	2,5	0,7	0,9	0,4	0,6
20 - 30	10,6	9,1	6,2	5,4	2,0	1,7	0,3	0,5	0,2	0,4
30 - 50	14,6	12,3	8,6	7,2	3,6	3,0	0,6	0,7	0,5	0,5
50 - 100	13,5	12,0	7,8	7,1	3,7	3,3	0,6	1,1	0,5	0,8
100 und mehr	3,7	4,1	2,2	2,5	1,2	1,3	0,5	0,8	0,4	0,5
Insgesamt	135,1	116,6	80,3	70,5	19,1	17,2	4,2	7,0	2,8	4,4
AK-Einheiten										
unter 1	2,0	1,9	2,0	1,9	0,4	0,5	0,2	0,6	.	0,5
1 - 2	2,6	2,1	2,6	2,1	0,7	0,5	0,2	0,2	.	0,1
2 - 5	4,9	4,4	4,9	4,4	2,2	2,0	0,3	0,9	.	0,7
5 - 10	4,8	4,4	4,8	4,4	2,4	2,3	0,4	0,5	.	0,4
10 - 20	5,3	4,5	5,3	4,5	2,8	2,5	0,5	0,7	.	0,6
20 - 30	3,3	2,7	3,3	2,7	2,0	1,6	0,2	0,4	.	0,4
30 - 50	5,1	4,2	5,1	4,2	3,5	2,9	0,5	0,5	.	0,5
50 - 100	4,9	4,5	4,9	4,5	3,6	3,2	0,5	0,9	.	0,8
100 und mehr	1,5	1,7	1,5	1,7	1,2	1,3	0,4	0,7	.	0,5
Insgesamt	34,4	30,4	34,4	30,4	18,7	16,9	3,4	5,4	.	4,4

und sein Verhältnis zum betrieblichen Einkommen. Außerbetriebliche Einkünfte von weiteren Haushaltsmitgliedern wurden nicht berücksichtigt.

Für Zwecke des nach dem Landwirtschaftsgesetz jährlich von der Bundesregierung zu erstellenden Agrarberichtes wertet das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) die Buchführungsabschlüsse von etwa 10 000 landwirtschaftlichen Betrieben aus, um so einen Einblick in die Einkommensentwicklung der Landwirte zu bekommen. Die Daten aus diesem sogenannten Testbetriebsnetz werden ebenfalls nach sozialökonomischen Betriebstypen aufbereitet. Die Betriebstypisierung erfolgt dabei aber nicht wie in der Statistik nur nach dem Einkommenskriterium sondern berücksichtigt auch den Arbeitskräftebesatz. Das Testbetriebsnetz verglich allerdings bis 1995 im Gegensatz zur Statistik nur das Verhältnis vom betrieblichen Einkommen zum Erwerbseinkommen. Sonstige Einkommensquellen (u. a. Renten, Pachten, Kapitaleinkünfte) blieben unberücksichtigt. Während die sozialökonomische Betriebstypisierung der Statistik also nur auf der Grundlage des Einkommens erfolgte, basierte die Einstufung des Testbetriebsnetzes auf den Kriterien Arbeitskräftebesatz und Erwerbseinkommen.

Die genannten Unterschiede führten dazu, daß der Anteil Haupteinwerbungsbetriebe, der über das Testbetriebsnetz errechnet wurde, deutlich von dem in der Agrarberichterstattung ermittelten abwich. Der Anteil der Haupteinwerbungsbetriebe betrug 1991 nach Auswertungen des Testbetriebsnetzes bundesweit 58 %. Die Agrarberichterstattung ermittelte nur 46 %. Diese Abweichungen können auf Dauer nicht befriedigen und veranlaßten u. a. den Bundesrat, die Bundesregierung zu bitten, die Verfahren für die sozialökonomische Gliederung zu vereinheitlichen. Die Erarbeitung eines Vorschlages für eine gemeinsame Definition wurde einer Arbeitsgruppe übertragen. Die neue Definition sollte dabei sowohl das Einkommen als auch den Arbeitsbedarf berücksichtigen.

Arbeitsbedarf über Normzahlen ermittelt

Während für alle Betriebe des Testbetriebsnetzes jährlich Angaben über Arbeitskräfte vorliegen, ist dies bei der Statistik nicht der Fall, da die Arbeitskräfte auch in den Jahren mit einer allgemeinen Agrarberichterstattung nur repräsentativ erhoben werden. Eine allgemeine Erhebung der Arbeitskräfte erfolgt nur in den Jahren mit einer Landwirtschaftszählung. Wenn also für die sozial-

ökonomische Betriebstypisierung auch der Arbeitsbedarf verwendet würde, hätten in den Jahren mit einer allgemeinen Agrarberichterstattung nur die Betriebe typisiert werden können, für die Angaben über Arbeitskräfte vorliegen. Da jedoch großer Bedarf an regionalisierten Ergebnissen über die sozialökonomischen Verhältnisse besteht, mußte eine Lösung gefunden werden, die es erlaubt, alle vier Jahre sämtliche Betriebe zu typisieren.

Es wurde deshalb zunächst versucht, bei den Betrieben der Statistik den Arbeitsbedarf mit Hilfe kalkulatorischer Werte zu berechnen. Das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) stellte als Berechnungsgrundlage Normwerte für die verschiedenen Produktionsverfahren zur Verfügung. Durch Multiplikation der Anbauflächen und Viehbestände mit den Normwerten wurde der betrieblich notwendige Gesamtarbeitsaufwand errechnet. Die Berechnung erfolgte zunächst versuchsweise mit dem einzelbetrieblichen Datenmaterial der Haupterhebung der Landwirtschaftszählung 1991. Da die Arbeitskräfte bei der Landwirtschaftszählung allgemein erhoben wurden, konnte für jeden Betrieb der berechnete Arbeitsaufwand dem tatsächlichen Arbeitsaufwand gegenübergestellt werden. Da ein großer Teil der Arbeitskräfte landwirtschaftlicher Betriebe nicht vollbeschäftigt ist, wurde der tatsächlich geleistete Arbeitsaufwand zunächst auf Vollarbeitskräfte (AK-Einheiten) umgerechnet. Eine AK-Einheit entspricht der Arbeitsleistung einer im Betrieb vollbeschäftigten Person im Alter von 16 bis 65 Jahren. Die Arbeitsleistung der Teilbeschäftigten wird entsprechend der geleisteten Arbeitsstunden umgerechnet.

Eine Gliederung der Betriebe nach Größenklassen des berechneten Arbeitszeitbedarfs zeigte, daß der berechnete Arbeitsaufwand in einigen Größenklassen erheblich von dem tatsächlichen Arbeitsaufwand abwich. In der Größenklasse mit einem berechneten Arbeitszeitbedarf von weniger als 0,25 AK-Einheiten betrug der Arbeitszeitbedarf je Betrieb 0,11 AK-Einheiten. Der tatsächliche Arbeitsbedarf je Betrieb lag dagegen bei 0,32 AK-Einheiten. In der nächsten Größenklasse von 0,25 bis 0,5 AK-Einheiten waren 0,36

AK-Einheiten errechnet worden, tatsächlich aber wurden 0,64 AK-Einheiten benötigt. Bei den Betrieben mit größeren Produktionskapazitäten lag dagegen der tatsächliche Arbeitsaufwand unter dem berechneten Arbeitsbedarf. Die Betriebe, für die ein Arbeitsbedarf von mehr als 2,5 AK-Einheiten errechnet wurde, setzten durchschnittlich 3,02 Vollbeschäftigte ein. Als Bedarf waren dagegen 4,11 AK-Einheiten ermittelt worden. Das Ergebnis der Auswertung ist mit der höheren Kapitalintensität größerer Betriebe erklärbar, die einen geringeren Arbeitsbedarf je Produktionseinheit haben als kleinere Betriebe, die noch mehr Handarbeit einsetzen.

Der verwendete Ansatz, den Arbeitsbedarf eines Produktionsverfahrens unabhängig von der Betriebsgröße festzulegen, zeigte somit erhebliche Mängel. Um bessere Ergebnisse zu bekommen, mußte der Arbeitsbedarf für ein Produktionsverfahren in Abhängigkeit von der Betriebsgröße berechnet werden. Weitere Untersuchungen hierzu waren jedoch nicht mehr erforderlich, da im Rahmen der zeitgleich stattfindenden Überprüfung des Programms der Bundesstatistik durch den Abteilungsleiterausschuß-Statistik vorgeschlagen wurde, die Arbeitskräfteerhebung als eigenständige Erhebung zu streichen und stattdessen die Merkmale in das Erhebungsprogramm der Agrarberichterstattung zu integrieren. Angaben über Arbeitskräfte würden dann nicht mehr nur im Rahmen einer Landwirtschaftszählung allgemein erhoben, sondern künftig alle 4 Jahre. Begründet wurde der Vorschlag damit, daß Angaben über Arbeitskräfte in kürzeren Abständen als bisher für regionale arbeitsmarktpolitische Beurteilungen zur Verfügung stehen müßten und für die sozialökonomische Gliederung der tatsächliche Arbeitsbedarf verwendet werden sollte. Da für diese Zwecke nicht alle bisher erhobenen Merkmale benötigt werden, sollte das Merkmalsprogramm deutlich gestrafft werden. Nachdem der Vorschlag allgemein akzeptiert wurde, konnten sich die weiteren Untersuchungen zur Vereinheitlichung der sozialökonomischen Gliederung darauf beschränken, die Bedingungen für das Vorliegen eines Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetriebes festzulegen.

Betriebsinhaber, Familienangehörige und ständige Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1997 nach dem Alter und Rechtsformen

Im Alter von ... Jahren	Einzelunternehmen				Personengesellschaften	
	Betriebsinhaber im Betrieb beschäftigt		Familienarbeitskräfte im Betrieb beschäftigt		ständig im Betrieb Beschäftigte	
	1 000 Personen	%	1 000 Personen	%	1 000 Personen	%
15 - 19	0,0	0,1	1,7	5,3	0,1	2,2
20 - 24	0,4	1,0	2,0	5,9	0,1	5,3
25 - 29	1,5	3,9	2,2	6,8	0,3	10,2
30 - 34	3,3	8,9	3,1	9,4	0,4	14,8
35 - 39	4,6	12,4	2,9	8,7	0,4	16,2
40 - 44	4,8	12,9	2,9	8,9	0,3	10,0
45 - 49	5,3	14,1	3,0	9,1	0,2	9,3
50 - 54	3,0	7,9	2,1	6,3	0,2	7,3
55 - 59	6,0	16,0	3,8	11,6	0,3	11,2
60 - 64	4,6	12,2	3,2	9,9	0,2	8,7
65 - 69	2,3	6,1	3,3	10,0	0,1	3,3
70 und mehr	1,7	4,6	2,7	8,1	0,0	1,5
Insgesamt	37,6	100	32,9	100	2,7	100

**Betriebsinhaber, Familienangehörige und ständige Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 1997¹⁾
nach Rechtsformen**

Berichtsmerkmal	Einzelunternehmen				Personengesellschaften			
	Betriebsinhaber und im Betrieb beschäftigte Familienangehörige				ständig Beschäftigte			
	zusammen		darunter vollbeschäftigt		zusammen		darunter vollbeschäftigt	
	1 000 Personen	%	1 000 Personen	%	1 000 Personen	%	1 000 Personen	%
Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha								
unter 1	7,8	11,1	0,5	3,0	0,1	4,8	0,1	3,2
1 - 2	8,5	12,1	0,6	3,2	0,1	3,2	0,0	0,8
2 - 5	12,3	17,5	2,1	11,9	0,7	26,3	0,4	25,0
5 - 10	10,1	14,3	2,4	13,9	0,2	7,5	0,1	5,9
10 - 20	9,6	13,6	2,5	14,6	0,2	6,6	0,1	6,9
20 - 30	5,4	7,7	1,7	9,6	0,2	6,6	0,1	7,4
30 - 50	7,2	10,2	3,0	17,1	0,2	9,0	0,2	9,8
50 - 100	7,1	10,1	3,3	19,1	0,6	22,7	0,4	26,6
100 und mehr	2,5	3,6	1,3	7,6	0,4	13,3	0,2	14,4
Insgesamt	70,5	100	17,2	100	2,7	100	1,6	100
Standardbetriebseinkommen²⁾ von ... DM								
unter 5 000	23,4	33,2	0,6	3,2	0,2	6,0	0,0	0,3
5 000 - 10 000	7,3	10,4	0,6	3,8	0,1	2,6	0,0	0,1
10 000 - 20 000	7,9	11,2	1,7	10,0	0,2	8,4	0,1	3,2
20 000 - 30 000	5,4	7,7	1,8	10,6	0,1	4,1	0,0	2,5
30 000 - 50 000	7,6	10,8	3,1	17,9	0,2	5,7	0,1	5,4
50 000 - 75 000	6,9	9,7	3,2	18,5	0,1	5,1	0,1	6,1
75 000 - 100 000	4,3	6,2	2,1	12,4	0,2	7,4	0,1	8,8
100 000 und mehr	7,6	10,8	4,1	23,6	1,6	60,8	1,2	73,7
darunter Betriebsform²⁾								
Marktfruchtbetriebe	13,8	19,5	2,9	16,8	0,3	12,2	0,2	9,5
Futterbaubetriebe	17,9	25,4	4,5	26,0	0,7	27,1	0,5	30,0
Veredlungsbetriebe	1,5	2,1	0,5	2,8	0,1	2,1	0,0	1,8
Dauerkulturbetriebe	32,1	45,5	8,0	46,3	1,0	35,7	0,4	27,8

1) Deren Inhaber eine natürliche Person ist. - 2) Vorläufig.

Als Haupterwerbsbetrieb wurde fortan ein Betrieb definiert, der unabhängig vom Einkommen über mehr als 1,5 AK-Einheiten verfügt bzw. über 0,75 bis 1,5 AK-Einheiten und der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen mindestens 50 % beträgt. Alle anderen Betriebe gelten als Nebenerwerbsbetriebe. Die sozialökonomische Gliederung beschränkte sich von da an auf Einzelunternehmen.

Kaum Änderungen im Anteil der Haupterwerbsbetriebe

Um die Änderungen aufgrund der neuen Definition besser erkennen zu können, wurde mit dem Datenmaterial des Stichprobenteils der Agrarberichterstattung 1995 eine Schattenaufbereitung vorgenommen. Da bei der neuen Typisierung nur Einzelunternehmen berücksichtigt werden, ist die Zahl der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe insgesamt zurückgegangen. Der Anteil Haupterwerbsbetriebe beträgt nach der neuen Typisierung noch 38,5 %, das sind gut 1,5 Prozentpunkte weniger als nach der alten Typisierung. Der Anteil Haupterwerbsbetriebe geht vor allem bei den kleineren Betrieben zurück. Die Veränderung ist in der Größenklasse

unter 1 ha LF von 10,6 auf 6,4 % am größten. In der nächsten Größenklasse von 1 bis 2 ha LF beträgt der Rückgang gut 3 Prozentpunkte auf 13,1 %. Dementsprechend haben sich die Anteile der Nebenerwerbsbetriebe in diesen Größenklassen erhöht. Die Ergebnisse in den Größenklassen von 30 bis 50 ha LF und 50 und mehr ha LF haben sich nicht verändert.

Nachweis der Arbeitskräfte von Personengesellschaften

Die Arbeitskräfteerhebung hat das Ziel, die Zahl der auf den landwirtschaftlichen Betrieben lebenden und arbeitenden Menschen nachzuweisen. Berichtsmonat ist seit 1979 der April. Die Arbeitskräfte werden unterschieden in Familienarbeitskräfte und Arbeitskräfte, die keine Angehörigen des Betriebsinhabers sind (familienfremde Arbeitskräfte). Zu den Familienarbeitskräften zählen der Betriebsinhaber und seine auf dem Betrieb lebenden und mitarbeitenden Familienangehörigen. Anzugeben sind auch auf dem Betrieb lebende Personen, die zum Haushalt des Betriebsinhabers gehören und nicht im Betrieb beschäftigt sind wie z.B. Kinder oder Altenteiler. Alle übrigen im Betrieb beschäftigten

Personen gehören zur Gruppe der familienfremden Arbeitskräfte. Hierzu zählen auch die im Betrieb beschäftigten aber nicht auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen des Betriebsinhabers. Die familienfremden Arbeitskräfte werden weiter untergliedert in ständig und nicht ständig Beschäftigte. Eine Arbeitskraft ist ständig im Betrieb beschäftigt, wenn sie in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis steht bzw. der Arbeitsvertrag mindestens für 3 Monate gilt. Die Arbeitskräfte von Betrieben juristischer Personen zählen grundsätzlich zu den familienfremden Arbeitskräften.

Personengesellschaften zeichnen sich dadurch aus, daß sie über mehrere Betriebsinhaber verfügen. Die Erfassung der Betriebsinhaber und seiner Familienangehörigen gestaltete sich in diesen Fällen bis einschließlich 1995 schwierig. Das Aufbereitungsprogramm sah nämlich vor, daß zu einem landwirtschaftlichen Betrieb nur ein Betriebsinhaber und Haushalt gehört. In den Fällen, wo die Personengesellschaft zwischen Personen gegründet worden war, die nicht miteinander verwandt waren, wurde ein Gesellschafter zum Betriebsinhaber bestimmt und seine Familienangehörigen erfaßt. Die übrigen Gesellschafter und ihre im Betrieb beschäftigten Familienangehörigen wurden als familienfremde Arbeitskräfte nachgewiesen. Die nicht beschäftigten Familienangehörigen wurden nicht berücksichtigt. Wenn die Personengesellschaft zwischen Familienangehörigen gegründet worden war, wurde ebenfalls ein Gesellschafter zum Betriebsinhaber be-

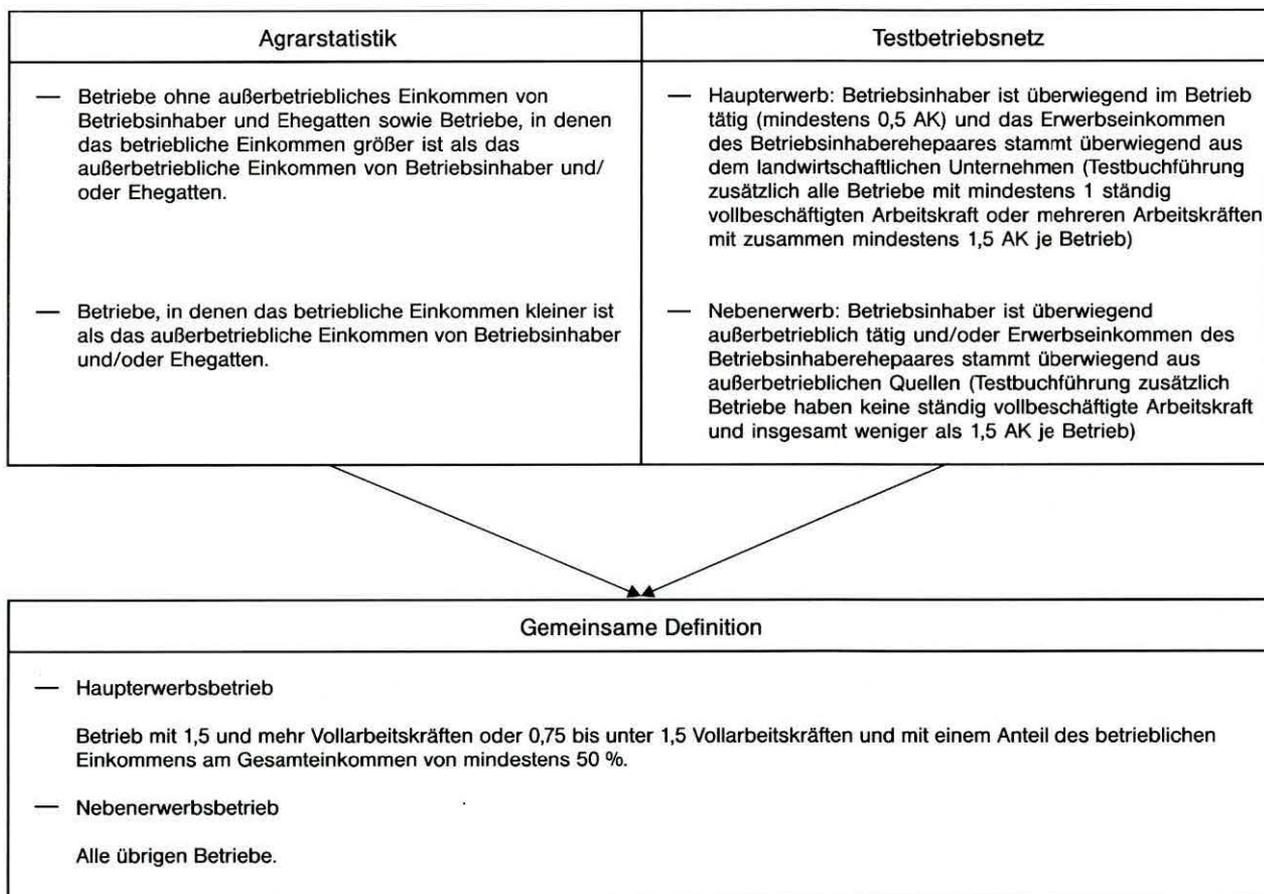
stimmt. Die auf dem Erhebungsbogen angegebenen Personen wurden dann als Familienangehörige des Betriebsinhabers nachgewiesen. Mit der zunehmenden Zahl an Personengesellschaften konnte das Vorgehen allerdings nicht mehr ganz zufriedenstellen.

Mit der Agrarberichterstattung 1997 wurde deshalb der Nachweis der Gesellschafter und der Arbeitskräfte von Personengesellschaften geändert. Sie werden seit 1997 nur noch als familienfremde Arbeitskräfte erfaßt. Angaben zu den nicht beschäftigten Familienangehörigen der Betriebsinhaber, wie beispielsweise Kinder, werden nicht mehr erhoben. Das Aufbereitungsprogramm wurde ebenfalls geändert. Familienarbeitskräfte werden jetzt nur noch für die Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen ausgewiesen. Zu den familienfremden Arbeitskräften zählen nun die Arbeitskräfte von Personengesellschaften, Betrieben juristischer Personen und die Arbeitskräfte von Einzelunternehmen, die nicht zu den Familienarbeitskräften gehören.

Deutlich mehr Vollbeschäftigte in Personengesellschaften

Gut 3500 Personen waren in den Betrieben beschäftigt, die als Personengesellschaft geführt werden. Knapp die Hälfte von ihnen war vollbeschäftigt. Angaben darüber, wieviele der Beschäftigten gleichzeitig

Sozialökonomische Betriebstypisierung in der Agrarstatistik und dem Testbetriebsnetz



Gesellschafter sind, liegen nicht vor. Damit können keine Aussagen über die Altersstruktur der Gesellschafter im Vergleich zu den Inhabern eines Einzelunternehmens gemacht werden. Die Frage „Wer ist Gesellschafter?“ wird jedoch zukünftig in den Erhebungsbogen aufgenommen. Aus den vorliegenden Daten läßt sich ebenfalls nicht ableiten, inwieweit Gesellschafter noch weitere landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften.

Rund 117 000 Personen lebten 1997 auf den als Einzelunternehmen geführten Betrieben. Das ist gegenüber 1995 ein Rückgang um 14 %. Da die Zahl der in Rheinland-Pfalz wirtschaftenden Personengesellschaften noch gering ist, kann die Abnahme überwiegend auf den Strukturwandel und nicht auf die Änderungen beim Nachweis der Betriebsinhaber von Personengesellschaften und ihrer Familienangehörigen zurückgeführt werden. Dies gilt jedoch nicht für die ständigen familienfremden Arbeitskräfte. Hier hat der geänderte Nachweis zu einer deutlichen Zunahme der Arbeitskräfte von 4 200 auf 7 000 Personen geführt.

Etwa 71 000 Betriebsinhaber und Familienangehörige waren in den Einzelunternehmen beschäftigt, darunter allerdings nur gut 17 000 vollbeschäftigt. Hinzu kommen noch etwa 3 700 ständige und 13 800 nichtständige familienfremde Arbeitskräfte. Die geringeren Produktionskapazitäten der Einzelunternehmen im Vergleich zu den Personengesellschaften dürften ein wich-

tiger Grund für den im Vergleich zu den Personengesellschaften deutlich geringeren Anteil Vollbeschäftigter (22 %) in den Einzelunternehmen sein.

Eine größere Zahl von Betriebsinhabern und Familienangehörigen üben neben der betrieblichen Tätigkeit auch eine außerbetriebliche Erwerbstätigkeit aus. Diese Angaben liegen jedoch nur für Einzelunternehmen vor. 1997 gingen 31 500 Betriebsinhaber oder Familienangehörige einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nach. Rund 73 % von ihnen waren auch im Betrieb beschäftigt. Gut 16 900 Personen waren außerbetrieblich vollbeschäftigt und übernahmen noch betriebliche Tätigkeiten.

Die Arbeitsleistung der Teilbeschäftigten kann wesentlich besser beurteilt werden, wenn sie auf die Arbeitsleistung einer vollbeschäftigten Person umgerechnet wird. Danach wurden 1997 etwa 42 200 AK-Einheiten benötigt, um die auf den landwirtschaftlichen Betrieben anfallenden Arbeiten zu erledigen, hiervon entfielen gut 2 300 AK-Einheiten auf die Personengesellschaften. Bezieht man die gesamte Arbeitsleistung auf die Fläche, so waren 5,9 AK-Einheiten je 100 ha LF notwendig. Insbesondere der technologische Fortschritt hat zu einem Rückgang der erforderlichen Arbeitsleistung geführt. Der Wert lag vor 10 Jahren noch bei 10,2 AK-Einheiten je 100 ha LF.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Der Weinbau in der amtlichen Statistik

– Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Rebflächen und Betrieben –

Die von der amtlichen Statistik regelmäßig erstellten agrarstrukturellen Auswertungen für landwirtschaftliche Betriebe bieten nur begrenzt Informationen über den Weinbau. Diese Lücke wird alle 10 Jahre durch eine auf den Weinbau spezialisierte Strukturerhebung (Weinbauerhebung) gefüllt. Anders als die alle landwirtschaftliche Betriebe umfassenden agrarstatistischen Erhebungen, die sich hinsichtlich der regionalen Gliederungen auf Ergebnisse für Verwaltungsbezirke beschränken, werden aus der bereichsspezifischen Weinbauerhebung auch Auswertungen für Anbaugebiete und Bereiche vorgenommen. Daneben liefert die jährliche Erhebung der Rebflächen Ergebnisse für die Weinbaugebiete. Sie ist in Verbindung mit den Ernteerhebungen auch Basis der jährlichen Erntestatistik.

Neben den auf den Weinbau spezialisierten Erhebungen haben auch andere Erhebungen je nach Zielsetzung einer Fragestellung und angemessen interpretiert als Quellen einen Informationswert. Alle in der Übersicht aufgeführten Statistiken enthalten Ergebnisse zum Weinbau, liefern aber trotz ähnlich definierter Merkmale nicht ohne weiteres miteinander vergleichbare Daten.

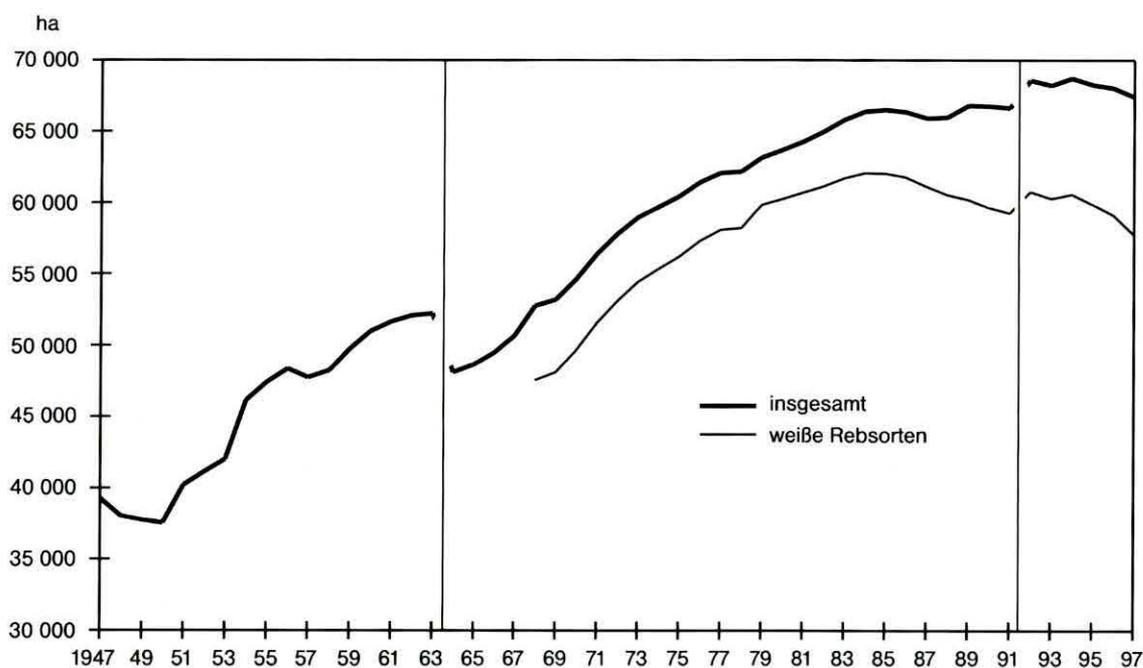
Der folgende Beitrag soll einen Einblick in die unterschiedlichen Auswertungen über Betriebe und Rebflächen geben und die wesentlichen Kriterien erläutern, durch die sie sich unterscheiden.

Flächendaten aus der Rebflächenerhebung und Bodennutzungshaupterhebung

Zur laufenden Beobachtung der Entwicklung des Weinbaupotentials in den EU-Mitgliedstaaten sind 1979 durch EG-Verordnung statistische Erhebungen der Rebflächen eingeführt worden. Sie lösten das EG-Weinbaukataster von 1964 ab, dessen Ergebnisse ab 1968 jährlich fortgeschrieben wurden. Die Rebflächenstatistik besteht seither aus jährlichen Zwischenerhebungen und sogenannten Grunderhebungen, die an die im 10jährigen Turnus durchgeführten Weinbauerhebungen gekoppelt wurden. Die genannten Quellen bieten

Quelle	Turnus
Weinbauerhebung	10 Jahre
Agrarberichterstattung	2 Jahre
Rebflächenerhebung	jährlich
Bodennutzungshaupterhebung	jährlich
Ernteerhebung	jährlich
Erhebung der Weinerzeugung	jährlich
Weinbestandserhebung	jährlich

Bestockte Rebfläche in Rheinland-Pfalz 1947 - 1997



Die senkrechten Linien kennzeichnen Zeitreihenbrüche durch methodische Umstellungen

Quelle: Rebflächenerhebung.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 77/98

von 1964 bzw. 1968 an einen lückenlosen Nachweis der bestockten Rebflächen der Keltertrauben. Vor 1964 gaben die jährlichen Bodennutzungserhebungen Auskunft über die bestockten Rebflächen ohne jedoch nach Rebsorten zu unterscheiden. Die heutige Bodennutzungshaupterhebung erfaßt die Rebfläche als Kulturart der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) und stellt somit neben der Rebflächenerhebung eine zweite jährlich verfügbare Datenquelle dar.

Bis 1992 gingen die Grunderhebung der Rebflächen als Bestandteil der Weinbauerhebung und die Bodennutzungshaupterhebung auf eine im wesentlichen einheitliche Erhebungsbasis zurück. Für beide Erhebungen wurden die im Betriebsregister Landwirtschaft gespeicherten Betriebe herangezogen. Da zudem die Erfassungsgrenzen der Erhebungen einen weitgehend vergleichbaren Bereich repräsentierten, hielten sich die allein durch verschiedene Erhebungsmethoden und -stichtage unvermeidlichen Abweichungen zwischen den Ergebnissen in plausiblen Grenzen. Auch die Zwischenerhebungen der Rebflächen auf der Basis einer sekundärstatistischen Auswertung der Pflanz- und Rodungsmeldungen zur Fortschreibung der Grunderhebung hatten darauf keinen entscheidenden Einfluß. Die Differenz zwischen der bestockten Rebfläche aus der Rebflächenstatistik und der gesamten Rebfläche aus der Bodennutzungshaupterhebung erklärte sich größtenteils aus brachliegendem Rebland.

1992 ging man dazu über, für die Rebflächenerhebung die in der EG-Weinbaukartei gespeicherten Flächendaten aufzubereiten. Mit Hilfe der Weinbaukartei werden die im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation erlassenen Regelungen umgesetzt. Die Weinbaukartei wird in Rheinland-Pfalz von der Landwirtschaftskammer geführt. Diese methodische Umstellung führte aufgrund einer Korrektur der Rebflächen nach oben zu einem Bruch in der Zeitreihe. Zu dem Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung ergab sich dadurch, anders als zuvor, eine positive und damit theoretisch unplausible Abweichung. 1997 lag die in der Rebflächenstatistik erfaßte bestockte Rebfläche der Keltertrauben (67 414 ha) im Land um fast 1 400 ha über der mit der Bodennutzungshaupterhebung ermittelten Rebfläche (66 024 ha), obwohl die Bodennutzungshaupterhebung mit dem Ziel der vollständigen Erfassung der landwirtschaftlich genutzten Fläche die gesamte Rebfläche berücksichtigt. Da die Erhebung somit auch zuläßt, brachliegende Flächen, die zur Wiederbestockung vorgesehen sind, als Rebfläche anzugeben, ist die Untererfassung im Vergleich zur bestockten Rebfläche aus der Rebflächenerhebung offensichtlich. Grundsätzlich muß die Weinbaukartei als die zuverlässigere Quelle angesehen werden. Durch die Verknüpfung mit Maßnahmen des Verwaltungsvollzugs unterliegt ihr Datenbestand Überprüfungen vor Ort, wie sie für eine Erhebung allein zu statistischen Zwecken kaum möglich wären. Demzufolge kann die Weinbaukartei einen höheren Genauigkeitsgrad erreichen.

Dennoch sind die Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung geeignet, Aussagen über die relative Bedeutung des Weinbaus, z. B. für die landwirtschaftlichen Betriebe in einer Region, zu treffen, denn nur sie haben den hierfür hilfreichen, aber bei der Rebflächen-

statistik fehlenden Bezug zur gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche der Betriebe in einem Verwaltungsbezirk. Die Ergebnisse der Rebflächenstatistik eignen sich dagegen besser für isolierte status-quo-Betrachtungen sowie Analysen des Sortenspektrums und aufgrund der Auswertungen über die Ertragsrebfläche als Grundlage für Ernteschätzungen. Die Analyse langfristiger Entwicklungstendenzen der Rebfläche ist auf der Basis beider Quellen wegen methodisch bedingter Zeitreihenbrüche grundsätzlich nur bedingt möglich.

Seit 1994 erfolgt die Aufbereitung in der Rebflächenstatistik nach dem Belegenheitsprinzip. Die Flächen werden hierbei entsprechend ihrer tatsächlichen regionalen Lage nachgewiesen und nicht, wie aus erhebungstechnischen Gründen bei der Bodennutzungshaupterhebung, nach dem Betriebssitz des Bewirtschafters (Betriebssitzprinzip). Diese Umstellung führte zu einem leichten Anstieg der Rebfläche im Land. Hauptbeweggrund für die Anwendung des Belegenheitsprinzips ist die gesetzmäßig verankerte Ausweisung von Weinbergslagen und ihre Zuordnung zu Anbaugebieten und Bereichen. Die nach der Belegenheit der Flächen aufbereiteten Ergebnisse entsprechen erfahrungsgemäß hinsichtlich ihrer Lage mehr den Vorstellungen der Konsumenten.

Trotz der methodisch bedingten Zeitreihenbrüche und der schwächer ausgeprägten bereinigenden Effekte der Grunderhebungen zeigt die Entwicklung der Rebfläche einen von 1950 bis 1964 anhaltenden Aufwärtstrend, der sich anschließend auf dem nach unten korrigierten niedrigeren Niveau bis in die achtziger Jahre hinein fortsetzte. Ungeachtet des durch die Auswertung der Weinbaukartei methodisch bedingten Anstiegs zwischen 1991 und 1992 sowie der geringfügigen Zunahme durch den Übergang auf das Belegenheitsprinzip im Jahre 1994 zeigt sich in den letzten Jahren ein leichter Abwärtstrend. Die Erzeugung von Rotwein begann Anfang der achtziger Jahre teils zu Lasten von Weißwein an Bedeutung zu gewinnen. Der Anteil der Rotweinsorten an der bestockten Rebfläche nahm von 1980 bis 1997 von 5,3 % auf 14 % zu.

Bundesweit entfielen 1972 fast 70 % der bestockten Rebfläche Deutschlands auf Rheinland-Pfalz. Eine relativ stärkere Ausweitung des Weinbaus in Baden-Württemberg und Bayern führte dazu, daß der Anteil bis 1997 auf rund 65 % zurückging. Unter den deutschen Anbaugebieten zählen Rheinhessen mit 26 330 ha bestockter Rebfläche und die Pfalz mit 23 488 ha zu den größten. Nach dem Anbaugbiet Baden (15 759 ha) liegt bereits an vierter Stelle Mosel-Saar-Ruwer (11 902 ha) dicht gefolgt von Württemberg (11 196 ha).

Bodennutzungshaupterhebung auch Quelle für betriebsbezogene Auswertungen

Im Gegensatz zur Flächenentwicklung kann die Entwicklung der Weinbaubetriebe auf der Basis der Weinbau- bzw. Rebflächenerhebungen nicht jährlich ausgewiesen werden. Aufgrund der Nutzung der sekundärstatistischen Quellen für die Zwischenerhebungen wird ein betrieblicher Bezug der Flächendaten als Vor-

aussetzung für strukturelle Auswertungen bislang nur alle 10 Jahre im Rahmen der Weinbauerhebung hergestellt. Die Feststellung der betrieblichen Einheiten im Zusammenhang mit der Bodennutzungshaupterhebung ermöglicht dagegen regelmäßig nicht nur Flächenangaben zu allen Nutzungsarten der landwirtschaftlich genutzten Fläche, sondern auch betriebsbezogene Auswertungen, die neben der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt zusätzlich Angaben zu den Betrieben mit Rebflächen liefern.

Diese betriebsbezogenen Auswertungen beschränken sich standardmäßig auf den zur Abgrenzung landwirtschaftlicher Betriebe realistischeren Darstellungsbereich der im zweijährigen Turnus stattfindenden Agrarberichterstattung. Dieser Bereich berücksichtigt zwar alle Betriebe ab 1 ha LF und damit auch deren Rebflächen; Betriebe mit weniger als 1 ha LF bezieht er aber nur dann ein, wenn sie mehr als 30 Ar Rebfläche bewirtschaften bzw. der Anbauumfang anderer Spezialkulturen oder Tierbestände bestimmte Größenordnungen überschreiten. Die mit der Bodennutzungshaupterhebung zusätzlich erfaßten kleineren Einheiten mit einem Anbau zum Verkauf bleiben unberücksichtigt.

1997 wurden dadurch nur weniger als 500 ha Rebfläche ausgeschlossen, die einer Vielzahl von Bewirtschaftern gehören. Der beschriebene Darstellungsbereich, der dem der Agrarberichterstattung entspricht, ist um fast 2 700 Betriebe kleiner (- 13 %) als bei einer Aufbereitung aller Einheiten der Bodennutzungshaupterhebung. Immerhin gab es unter den so definierten landwirtschaftlichen Betrieben 1997 rund 17 000 (43 %) Betriebe mit Rebflächen. Ihr Anteil hat sich von 1975 bis Anfang der 90er Jahre kontinuierlich erhöht. In den Landkreisen Südliche Weinstraße oder Alzey-Worms und den angrenzenden kreisfreien Städten sind es sogar fast 90 %. Landesweit wurden beinahe 10 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche als Rebland bewirtschaftet. In einigen Landkreisen wie Bad Dürkheim und dem Landkreis Südliche Weinstraße sind es im Durchschnitt sogar weit mehr als 40 % der LF der dort ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Ergebnisse dieser Auswertungen aus der Bodennutzungshaupterhebung werden im Rahmen der Feststellung der betrieblichen Einheiten seit 1991 jährlich (zuvor alle 4 Jahre im Rahmen der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung) ermittelt und in der untersten regionalen Gliederung auf Gemeindeebene für Betriebe mit Rebflächen veröffentlicht. Danach betreiben in 565 rheinland-pfälzischen Gemeinden die dort ansässigen landwirtschaftlichen Betriebe Weinbau. In 57 Gemeinden nimmt die Rebfläche dieser Betriebe mehr als 90 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ein.

In jedem zweiten Jahr sind diese Auswertungen auch Bestandteil der Agrarberichterstattung. Da die Agrarberichterstattung neben ergänzenden eigenen Erhebungsinhalten die Daten der Viehzählung und der Bodennutzungshaupterhebung im Betriebszusammenhang auswertet, bietet sie die Möglichkeit, im Rahmen einer Betriebstypisierung eine weitere Abgrenzung spezialisierter Weinbaubetriebe vorzunehmen. Hierbei handelt es sich um Betriebe, bei denen der Anteil der Produktionsrichtung Weinbau mehr als 75 % der Summe des Standarddeckungsbeitrages aller Betriebszweige ausmacht. 1997 waren dies aufgrund der Repräsentativerhebung rund 14 600 Betriebe in Rheinland-Pfalz bzw. 86 % der rund 17 000 Betriebe mit Rebflächen. Standardmäßig liefert die Agrarberichterstattung auch Auswertungen zur Betriebsgrößenstruktur nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Sie zeigen sehr deutlich, wie mit zunehmender Größe der landwirtschaftlichen Betriebe der Anteil der Betriebe mit Rebflächen abnimmt. Die Ergebnisse der Agrarberichterstattung können allerdings nur in jedem vierten Jahr auf der Basis der allgemeinen Erhebung unterhalb der Landesebene regional gegliedert werden.

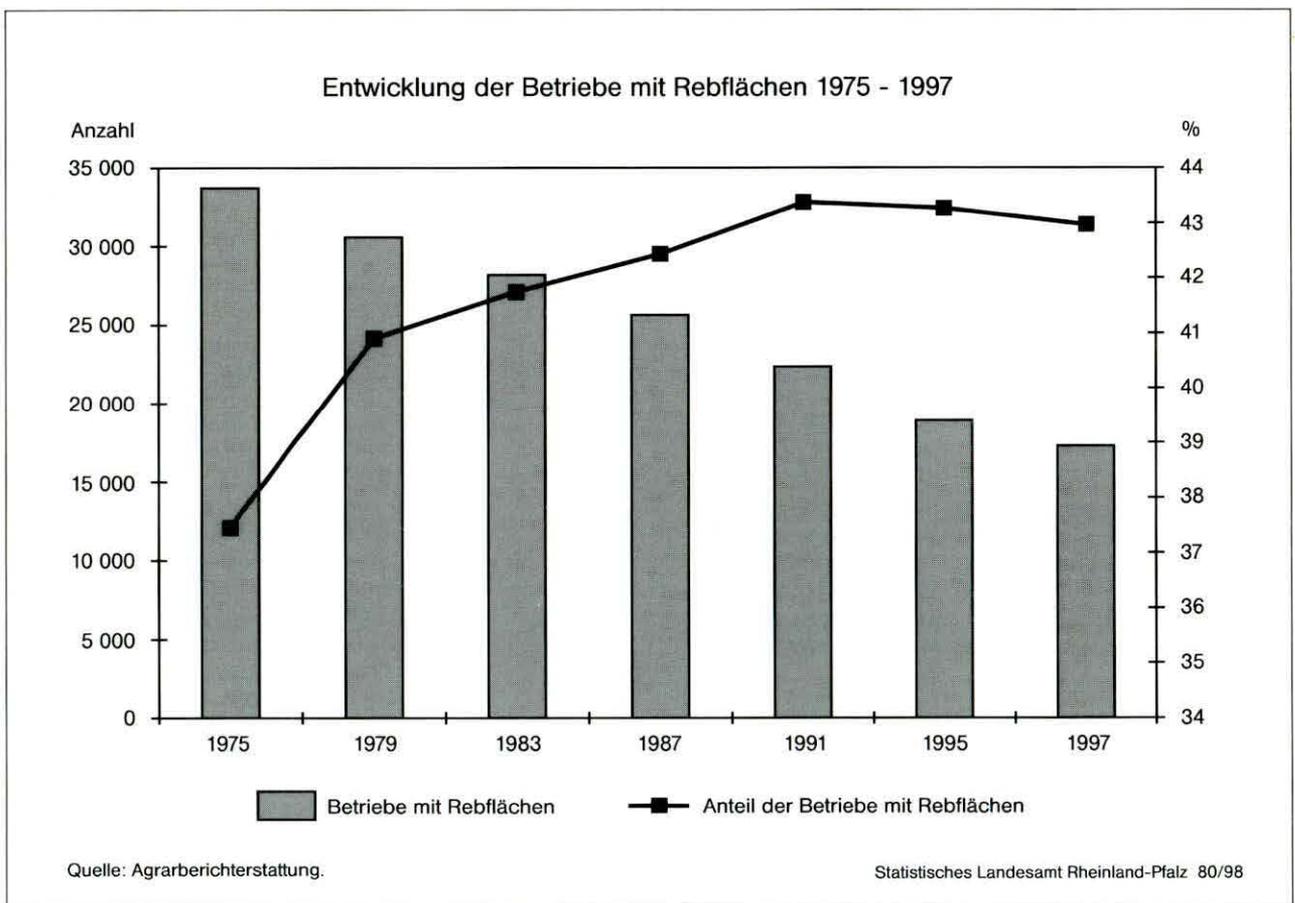
Weinbauerhebungen mit weitergehendem Darstellungsbereich für Weinbaubetriebe

Während die Agrarberichterstattung erst 1975 eingeführt wurde, bieten die Weinbauerhebungen seit 1972 bundesweit alle 10 Jahre eine bereichsspezifische

Verbreitung des Weinbaus in den landwirtschaftlichen Betrieben 1997 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk ¹⁾	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt		darunter			
			Betriebe mit Rebfläche			
	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	Betriebe		Rebfläche	
	Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%
Rheinland-Pfalz	40 250	717 357	17 290	43,0	65 546	9,1
darunter						
Ahrweiler	1 221	20 323	301	24,7	439	2,2
Bad Kreuznach	1 948	33 135	1 126	57,8	5 278	15,9
Cochem-Zell	1 908	23 420	1 085	56,9	1 761	7,5
Mayen-Koblenz	1 320	38 725	159	12,0	292	0,8
Bernkastel-Wittlich	3 343	36 238	2 260	67,6	4 383	12,1
Trier-Saarburg	3 080	37 809	2 021	65,6	4 806	12,7
Alzey-Worms	2 973	49 734	2 670	89,8	14 537	29,2
Bad Dürkheim	2 129	21 450	1 823	85,6	9 998	46,6
Südliche Weinstraße	3 143	25 962	2 772	88,2	11 760	45,3
Mainz-Bingen	3 262	37 474	2 454	75,2	10 860	29,0

1) Landkreise einschließlich der überwiegenden angrenzenden kreisfreien Städte. – Quelle: Agrarberichterstattung.



Erfassung und Aufbereitung weinbaulicher Daten. Für frühere Jahre liegen Auswertungen aus der Landwirtschaftszählung 1949 und dem Weinbaukataster 1964 vor. Diese und in der Folge die Ergebnisse der Weinbauerhebungen 1972, 1979 und 1989 werden traditionell für die Darstellung der Weinbaubetriebe in Rheinland-Pfalz herangezogen. Der Darstellungsbereich der Weinbauerhebungen bezieht sich auf Betriebe mit mindestens 10 Ar bestockter Rebfläche oder aber Verkauf von weinbaulichen Erzeugnissen aus eigenem Anbau. Dieser umfassendere Darstellungsbereich verbietet eine Aktualisierung der Ergebnisse durch die in zweijährigem Turnus anfallende kleinere Zahl der Betriebe aus den Standardauswertungen der Agrarberichterstattung bzw. der analog dem Darstellungsbereich der Agrarberichterstattung aufbereiteten Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung.

Diese Lücke hat das Statistische Landesamt erstmals 1995 als Reaktion auf die Ansprüche der Konsumenten durch eine Sonderaufbereitung geschlossen, die auch die mit der Bodennutzungshaupterhebung zusätzlich erfaßten Kleinsteinheiten mit einem Anbau zum Verkauf einbezieht.

Mit 1997 rund 20 000 Weinbaubetrieben liefert diese Vorgehensweise für die Zahl der Weinbaubetriebe und bedingt für die Größe der Rebfläche mit den Ergebnissen der Weinbauerhebung annähernd vergleichbare Daten. Danach war von 1972 bis 1979 ein jährlicher durchschnittlicher Rückgang der Betriebe um 3,6 % zu verzeichnen, der sich in den folgenden 10 Jahren bis 1989 auf 2,9 % abschwächte, sich von 1989 bis 1997 aber wieder deutlich verstärkte (- 4,3 %). Die Betriebe

haben ihre Flächenausstattung im Laufe der Jahrzehnte auf durchschnittlich 7,8 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche mehr als verdoppelt. Den Anteil der Rebfläche haben sie auf über 40 % erhöht.

Zur Aktualisierung der Ergebnisse für Anbauggebiete und Bereiche wurden die Betriebe im Rahmen der Sonderaufbereitungen entsprechend ihrem Sitz in einem Anbauggebiet bzw. Bereich zuzuordnenden Gemeinde gruppiert (Betriebssitzprinzip). Betriebe mit einem Betriebssitz außerhalb der gesetzlich festgelegten Weinbauggebiete wurden, soweit sie ihren Sitz in Rheinland-Pfalz haben, in den angrenzenden Bereich eingliedert. Nach diesen Ergebnissen ging die Zahl der Betriebe von 1989 bis 1997 in den beiden größten Anbaugebieten Rheinhessen und Pfalz und an der Nahe mit einer durchschnittlichen jährlichen Abnahmerate von 4,6 bzw. 4,5 % gleich stark zurück. Etwas geringer war der jährliche Rückgang an der Ahr (- 2,9 %) und im Anbauggebiet Mosel-Saar-Ruwer (- 3,7 %).

Für die mit der Sonderaufbereitung zur Verfügung gestellten Daten sind keine Bundesergebnisse verfügbar. Um über die Entwicklung von Betrieben mit Rebfläche in jüngerer Zeit vergleichende Informationen nach Bundesländern zu erhalten, muß man wieder auf die Standardauswertungen der Agrarberichterstattung zurückgreifen. Auch anhand dieser Ergebnisse wird der beschleunigte Rückgang der Zahl der Betriebe in den letzten Jahren deutlich. Mit einer durchschnittlichen jährlichen Abnahmerate von 4,1 % zwischen den beiden allgemeinen Erhebungen 1991 und 1995 lag Rheinland-Pfalz über dem Bundesdurchschnitt.

Struktur- und sozialökonomische Daten aus der Weinbauerhebung nur bedingt aktualisierbar

Als bereichsspezifische Erhebung liefert die Weinbauerhebung neben speziellen Ergebnissen zu den Weinbaulichen Betriebsverhältnissen und den Vermarktungsstrukturen auch Ergebnisse zu sozialökonomischen Betriebstypen, die anders als bei den auf die Landwirtschaft insgesamt ausgerichteten agrarstrukturellen Auswertungen auch für Anbauggebiete und Bereiche erstellt werden. Die regionalen Auswertungen unterliegen wie in den Agrarstrukturstatistiken allgemein üblich dem Betriebsprinzip.

In den Veröffentlichungstabellen der Weinbauerhebung 1989 werden die Flächenausstattung der Betriebe anhand der landwirtschaftlich genutzten Fläche, der gesamten Rebfläche und ggf. der bestockten Rebfläche beschrieben. Die Größenklassengliederungen in den Strukturtabellen richten sich bis auf eine Ausnahme nach der bestockten Rebfläche. Eine Aktualisierung dieser Strukturtabellen ist auf der Basis der Bodennutzungshaupterhebung nicht möglich, so daß man bis zur anstehenden nächsten Weinbauerhebung 1999 auf die Ergebnisse der Erhebung 1989 zurückgreifen muß. Seinerzeit entfielen auf rund 15 % der Weinbaubetriebe, die mehr als 5 ha bestockte Rebfläche bewirtschafteten, 53 % der Rebfläche. 3,1 % aller Weinbaubetriebe hatten 10 und mehr ha.

Für die Aktualisierung des sozialökonomischen Betriebstyps (Haupt-/Nebenerwerb) können in den Jahren einer Totalerhebung die Daten der mit der Bodennutzungshaupterhebung eng verknüpften Agrarberichterstattung herangezogen werden. Eine solche Auswertung liegt für das Jahr 1995 vor. Der Darstellungsbereich der Agrarberichterstattung wurde auch für diese Auswertung um die mit der Bodennutzungshaupterhebung zusätzlich erfaßten Kleinsteinheiten mit einem Anbau zum Verkauf erweitert. Diese Erhebungseinheiten wurden in einer Summe den Nebenerwerbsbetrieben zugeordnet.

Von allen Betrieben wurden 1989 zum Stand der Weinbauerhebung 43 % als Haupterwerbsbetriebe geführt. Nach den Ergebnissen der Sonderaufbereitung 1995 ist dieser Anteil auf 40 % zurückgegangen. Die Zahl der im Haupterwerb bewirtschafteten Weinbaubetriebe belief sich danach 1995 auf nur noch rund 8 800. Auf sie entfielen aber nahezu unverändert 77 % der Rebfläche. Vergleichsweise hoch ist der Anteil an

Betriebe mit Weinbau 1949-1997

Jahr	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)		Anteil der Rebfläche an der LF
		insgesamt	je Betrieb	
	Anzahl	ha		%
1949	65 730	240 892	3,7	15,3
1964	64 603	206 347	3,2	26,1
1972	49 132	197 242	4,0	30,9
1979	37 881	182 153	4,8	36,6
1989	28 106	170 453	6,1	40,8
1993	24 507	.	.	.
1995	21 900	.	.	.
1996	20 687	154 357	7,5	42,8
1997	19 795	154 758	7,8	42,7

Quellen: 1949 Landwirtschaftszählung, 1964 Weinbaukataster, 1972-1989 Weinbauerhebungen (einschließlich der Betriebe in Nordrhein-Westfalen), 1993, 1995-1997 Sonderauswertungen aus der Bodennutzungshaupterhebung.

Haupterwerbsbetrieben in den Anbaugebieten Nahe (46 %) und Rheinhessen (48 %). Dagegen bewirtschaften in der Pfalz relativ wenige Haupterwerbsbetriebe (37 %) fast 80 % der Rebfläche. An der Ahr und am Mittelrhein ist der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe deutlich höher.

Reform der Agrarstatistik bringt auch Änderungen für die Weinbaustatistik

Für die künftigen Darstellungsmöglichkeiten des Weinbaus durch Erhebungen der amtlichen Statistik wird die voraussichtlich Mitte dieses Jahres in Kraft tretende Änderung des Agrarstatistikgesetzes nicht ohne Folgen bleiben. Sie beinhaltet eine umfassende und grundlegende Straffung der deutschen Agrarstatistik. Zudem ordnet sie für das Jahr 1999 eine Landwirtschaftszählung und eine Weinbauerhebung an.

Vereinfachungen und Entlastungen der Auskunftspflichtigen werden vor allem dadurch erreicht, daß für die Landwirtschaftszählung und die in den Zwischenjahren stattfindende Agrarberichterstattung, die künftig eindeutiger als Agrarstrukturhebung bezeichnet wird, die unteren Erfassungsgrenzen angehoben werden. Die neu definierten Grenzen erstrecken sich auch auf die Bodennutzungshaupterhebung und die weiteren agrarstatistischen Einzelerhebungen, deren Daten in die Auswertungen der Agrarstrukturhebung einfließen. In der organisatorischen Konsequenz werden diese Erhebun-

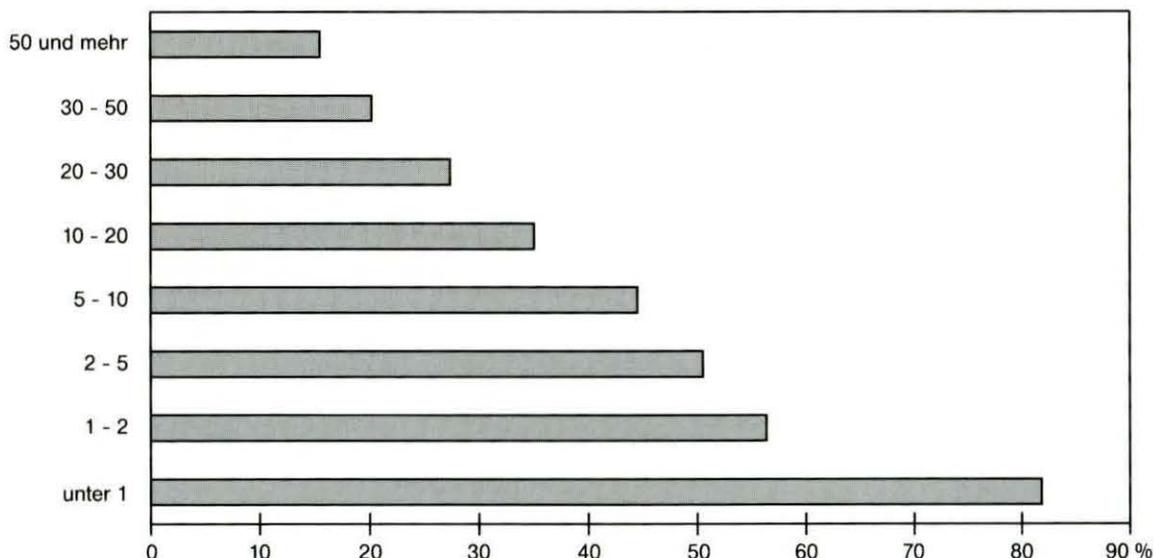
Betriebe mit Weinbau 1989 nach Größenklassen der bestockten Rebfläche

Bestockte Rebfläche von ... ha	Betriebe		Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	Rebfläche			
	Anzahl	%		insgesamt	Anteil an der LF	darunter bestockt	
				ha	%	ha	
unter 0,5	8 127	28,9	11 113	2 326	3,3	20,9	2 103
0,5 - 1	5 044	17,9	11 721	3 785	5,4	32,3	3 622
1 - 2	4 869	17,3	20 978	7 233	10,4	34,5	6 954
2 - 5	5 877	20,9	51 834	19 485	28,0	37,6	18 858
5 - 10	3 330	11,8	53 477	23 773	34,2	44,5	23 073
10 und mehr	859	3,1	21 330	12 906	18,6	60,5	12 442
Insgesamt	28 106	100,0	170 453	69 508	100,0	40,8	67 052

Quelle: Weinbauerhebung (einschließlich der Betriebe in Nordrhein-Westfalen).

Anteil der Betriebe mit Rebfläche an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt 1997 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von...ha



Quelle: Agrarberichterstattung.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 81/98

gen künftig nicht mehr eigenständig, sondern nur noch gemeinsam durchgeführt werden.

Auch für die Weinbauerhebung und die bislang an sie gekoppelte Grunderhebung der Rebflächen bringt die Gesetzesänderung Umstellungen der Erhebungsmethodik und -organisation. Im Zuge der Anhebung und Harmonisierung der Erfassungsgrenzen der agrarstatistischen Strukturhebungen richtet sich die Weinbauerhebung 1999 im wesentlichen nach den Erfassungs-

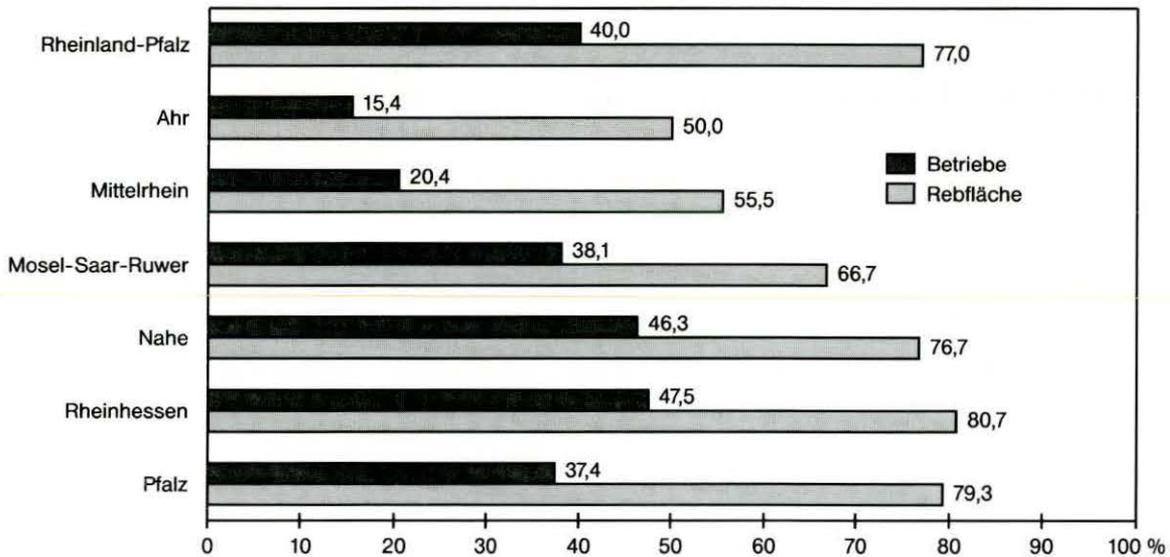
grenzen der Landwirtschaftszählung bzw. Agrarstrukturhebung, indem sie nur noch Betriebe mit einer bestockten Rebfläche von 30 Ar und mehr einbezieht. Bei der Weinbauerhebung 1989 wären dadurch rund 4 900 Bewirtschafter von Rebflächen, mit allerdings nur knapp 1 000 ha Rebfläche insgesamt, weniger befragt worden. Für die Betriebe des so eingeschränkten Erhebungsbereichs können zur Entlastung der auskunftspflichtigen Winzer die Merkmale zu den Betriebsverhältnissen für die Weinbauerhebung 1999 der Landwirt-

Haupterwerbsbetriebe¹⁾ mit Weinbau 1989 und 1995

Bestockte Rebfläche von ... ha	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) ha	Rebfläche		Anteil an den Betrieben mit Weinbau insgesamt ¹⁾	
			insgesamt	Anteil an der LF	Betriebe	Rebfläche
			ha	%	%	
1989						
unter 0,5	662	5 532	208	3,8	8,2	8,9
0,5 - 1	886	6 196	693	11,2	17,6	18,3
1 - 2	2 142	14 502	3 313	22,8	44,1	45,9
2 - 5	4 585	45 322	15 612	34,4	78,2	80,3
5 - 10	3 103	51 022	22 147	43,4	93,5	93,6
10 und mehr	773	19 017	11 056	58,1	92,2	90,2
Insgesamt	12 151	141 591	53 029	37,5	43,3	77,2
1995						
Insgesamt	8 768	.	50 447	.	40,0	77,0

1) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen. - Quellen: 1989 Weinbauerhebung, 1995 Agrarberichterstattung/Bodennutzungshaupterhebung.

Anteil der Haupterwerbsbetriebe und der von ihnen bewirtschafteten Rebfläche an den Betrieben mit Rebfläche insgesamt 1995 nach Anbaugebieten



Quelle: Agrarberichterstattung, Bodennutzungshaupterhebung.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 82/98

schaftszählung entnommen werden, so daß nur weinbauspezifische Informationen zur Vermarktung gesondert erhoben werden müssen. Die mit der Landwirtschaftszählung erfaßten Betriebe mit 2 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche oder den erforderlichen Mindesterzeugungseinheiten (z. B. Anbauflächen von Sonderkulturen oder Viehbestände einer bestimmten Größenordnung), aber weniger als 30 Ar Rebfläche, werden nicht in die Weinbauerhebung einbezogen. Hinsichtlich der Zahl der Betriebe mit Rebflächen, die letzt-

lich aus beiden Erhebungen hervorgeht, sind daher kleinere Abweichungen zu erwarten. Das unbedeutende Ausmaß dieser Abweichungen wird es künftig dennoch erlauben, die Ergebnisse der Weinbauerhebung 1999 hinsichtlich der Zahl der Betriebe durch Auswertungen der Agrarstrukturserhebung (früher: Agrarberichterstattung) zu aktualisieren. Die Ergebnisse aus diesen Erhebungen sind allerdings mit den Ergebnissen der früheren Weinbauerhebung nur noch eingeschränkt vergleichbar.

Betriebe mit Rebflächen 1989-1997 nach Anbaugebieten und Bereichen

Land Anbaugbiet Bereich	1989	1993	1996	1997	Durchschnittliche jährliche Veränderungsrate 1989-1997
	Anzahl				%
Rheinland-Pfalz	28 106	24 507	20 687	19 795	-4,3
Ahr	563	530	458	445	-2,9
Mittelrhein	711	625	501	460	-5,3
Mosel-Saar-Ruwer	8 660	7 738	6 643	6 429	-3,7
Bernkastel	5 053	4 575	3 975	3 869	-3,3
Obermosel	731	642	553	531	-3,9
Saar-Ruwer	1 141	934	735	697	-6,0
Zell / Mosel	1 735	1 587	1 380	1 332	-3,3
Nahe	1 589	1 378	1 152	1 105	-4,4
Rheinhausen	8 018	6 776	5 784	5 485	-4,6
Bingen	2 909	2 450	2 108	2 009	-4,5
Nierstein	3 224	2 751	2 332	2 176	-4,8
Wonnegau	1 885	1 575	1 344	1 300	-4,5
Pfalz	8 565	7 460	6 149	5 871	-4,6
Südliche Weinstraße	5 214	4 538	3 696	3 532	-4,8
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	3 351	2 922	2 453	2 339	-4,4

Quellen: 1989 Weinbauerhebung (einschließlich der Betriebe in Nordrhein-Westfalen), 1993, 1996, 1997 Sonderauswertungen aus der Bodennutzungshaupterhebung.

Betriebe mit Weinbau¹⁾ 1972-1995 nach dem sozialökonomischen Betriebstyp und nach Anbaugebieten

Jahr	Insgesamt		darunter Haupterwerbsbetriebe			
	Betriebe	Rebfläche	Betriebe		Rebfläche	
	Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	%
Rheinland-Pfalz						
1972	49 040	60 158	24 566	50,1	47 195	78,5
1979	37 811	65 873	17 296	45,7	52 528	79,7
1989	28 039	68 686	12 151	43,3	53 029	77,2
1995	21 900	65 487	8 768	40,0	50 447	77,0
Ahr						
1972	891	408	181	20,3	160	39,2
1979	736	447	129	17,5	188	42,1
1989	560	496	116	20,7	263	53,0
1995	480	456	74	15,4	228	50,0
Mittelrhein						
1972	1 419	931	480	33,8	528	56,7
1979	1 031	854	246	23,9	424	49,6
1989	710	789	173	24,4	433	54,9
1995	538	634	110	20,4	352	55,5
Mosel-Saar-Ruwer						
1972	13 624	11 624	7 827	57,5	9 079	78,1
1979	11 088	12 323	5 507	49,7	9 224	74,9
1989	8 636	12 540	3 889	45,0	8 811	70,3
1995	6 972	11 336	2 656	38,1	7 565	66,7
Nahe						
1972	3 324	4 695	1 695	51,0	3 625	77,2
1979	2 323	5 002	1 111	47,8	3 876	77,5
1989	1 583	5 055	750	47,4	3 866	76,5
1995	1 219	4 542	565	46,3	3 484	76,7
Rheinhessen						
1972	14 769	21 831	7 707	52,2	17 708	81,1
1979	11 184	24 823	5 497	49,2	20 749	83,6
1989	8 002	26 421	3 862	48,3	21 360	80,8
1995	6 088	25 686	2 894	47,5	20 721	80,7
Pfalz						
1972	15 013	20 668	6 672	44,4	16 091	77,9
1979	11 449	22 424	4 806	42,0	18 067	80,6
1989	8 548	23 385	3 361	39,3	18 296	78,2
1995	6 603	22 833	2 469	37,4	18 097	79,3

1) Betriebe in der Hand von natürlichen Personen. – Quellen: 1972, 1979, 1989 Weinbauerhebung, 1995 Agrarberichterstattung/Bodennutzungshaupterhebung.

Mit den Ergebnissen der früheren Weinbauerhebungen vergleichbare Daten werden 1999 nur noch für die Zahl der Betriebe insgesamt und die bestockten Rebflächen zur Verfügung stehen. Sie sind Bestandteil der von der EU vorgeschriebenen und früher mit der Weinbauerhebung verbundenen Grunderhebung der Rebflächen, deren weitergehende Erfassungsgrenzen unverändert festliegen. Ergebnisse für die Grunderhebung werden 1999 in Deutschland wie bereits für die Zwischenerhebungen sekundärstatistisch aus der EG-Weinbaukartei aufbereitet. Um hinsichtlich der Zahl der Betriebe auf der Basis dieser Quelle eine Vergleichbarkeit zu erreichen, sind jedoch im Vorfeld die Folgen unterschiedlicher Betriebsbegriffe zu bereinigen. Anders als in der amtlichen Agrarstatistik, die einen

Betrieb als technisch-wirtschaftliche Einheit definiert (= Einheit, die einer einheitlichen Betriebsführung unterliegt und dieselben Arbeitskräfte und Produktionsmittel wie Gebäude oder Maschinen einsetzt), werden in der Weinbaukartei mitunter Rebflächen aufgrund eigentumsrechtlicher, steuerlicher oder weinrechtlicher Gründe als gesonderte Einheiten geführt. Dies führt faktisch zu einer größeren Zahl von Betrieben. Wenn auch zur Bereinigung der unterschiedlichen Betriebsbegriffe eine Vorwegbefragung der Winzer erforderlich ist, wird dennoch mit der gewählten Vorgehensweise eine erhebliche Entlastung der für die Statistik auskunftspflichtigen Betriebe erreicht.

Dr. Birgit Hübberts

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996		1997				1998		
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	3 986	...	4 002	4 003	4 004	4 018
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 895	1 876 ^P	720 ^P	910 ^P	1 212 ^P	2 147 ^P	631 ^P	846 ^P	1 137 ^P
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,7	5,6 ^P	2,1 ^P	3,0 ^P	3,6 ^P	6,3 ^P	1,8 ^P	2,7 ^P	3,3 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 411	3 473 ^P	3 032 ^P	3 267 ^P	3 184 ^P	4 056 ^P
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,4 ^P	8,9 ^P	10,7 ^P	9,4 ^P	11,9 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 646	3 601 ^P	3 970 ^P	3 830 ^P	3 478 ^P	4 153 ^P
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8 ^P	11,7 ^P	12,5 ^P	10,2 ^P	12,2 ^P
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	17	18 ^P	11 ^P	20 ^P	22 ^P	29 ^P
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	5,0	5,2 ^P	3,3 ^P	6,5 ^P	6,6 ^P	7,7 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 236	- 128 ^P	- 938 ^P	- 563 ^P	- 294 ^P	- 97 ^P
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 0,4 ^P	- 2,8 ^P	- 1,8 ^P	- 0,9 ^P	- 0,3 ^P
Wanderungen über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	9 520	8 948	9 187	7 413	8 190	7 742
Fortgezogene	Anzahl	7 397	7 381	6 847	5 855	6 516	7 370
Wanderungssaldo	Anzahl	2 123	1 567	2 340	1 558	1 674	372
Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 777	13 861	13 660	11 537	12 269	15 523
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	149 782	163 768	183 550	179 694	168 762	166 730	175 875	175 303	166 002
Männer	Anzahl	87 062	94 978	113 598	110 296	100 696	96 220	103 441	103 900	96 369
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 954	10 360	.	.	12 274	10 402	.	.	11 062
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	47 287	50 739	.	.	54 268	50 877	.	.	51 194
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,5	9,2	10,4	10,1	9,5	9,4	9,9	9,9	9,3
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,4	10,3	11,6	11,3	10,6	10,5	11,0	11,0	10,4
Offene Stellen	Anzahl	22 792	24 137	21 449	25 063	27 723	18 570	22 717	27 062	29 816
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	758	700	.	.	651	500	.	.	718
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 445	4 800	.	.	4 132	4 271	.	.	5 074
Kurzarbeiter	Anzahl	11 817	7 114	14 950	14 434	12 229	4 041	5 541	7 774	6 428
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁸⁾										
Rinder	t	3 460	3 348	3 807	3 054	3 429	3 735	3 555	2 919	3 458
Kälber	t	31	33	32	28	47	62	28	20	27
Schweine	t	9 995	9 453	10 615	9 036	9 598	9 097	9 367	8 035	9 253
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	64 801	62 957	61 581	56 626	63 158	59 687	61 143	55 282	61 129
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3000 Haltungsplätzen	1000	15 786	15 626	16 576	15 579	16 181	15 121	15 631	15 733	17 012
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden^{9) 10)}										
Betriebe	Anzahl	2 195	...	2 341	2 325	2 324	2 323	2 277	2 269	2 268
Beschäftigte	1000	312	...	311	310	310	312	308	309	309
Arbeiter ¹¹⁾	1000	202	...	200	199	200	200	197	198	199
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 463	...	26 458	25 713	26 077	24 834	26 257	25 687	27 930
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 657	...	1 568	1 504	1 533	1 754	1 568	1 514	1 569
Löhne	Mill. DM	892	...	835	805	820	981	837	809	842
Gehälter	Mill. DM	765	...	733	699	713	773	731	705	727
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 672	...	8 455	8 533	9 145	9 430	8 782	9 089	10 280
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 537	...	3 552	3 643	3 772	4 077	3 817	3 852	4 356
Exportquote ¹²⁾	%	40,8	...	42,0	42,7	41,2	43,2	43,5	42,4	42,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). - 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). - 8) In- und ausländischer Herkunft. - 9) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 10) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. - 11) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 12) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997					1998		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	7 259	8 038	5 700
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ¹⁾²⁾	Mill. kWh	7 989	8 229	10 413
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000t	80	89	69
davon										
leichtes Heizöl	1 000t	40	48	35
schweres Heizöl	1 000t	41	41	33
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 108	...	1 137	1 097	1 164	1 129	1 149	1 112	...
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	243	...	255	208	218	200	187	184	...
Öffentliche Energieversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	386	...	446	430	462	533	728
Eigenverbrauch	Mill. kWh	27	...	27	25	26	26	31
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	359	...	419	405	436	508	697
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	64	...	85	85	111	102	120
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,07	...	0,03	0,14	0,08	0,23	0,25
Wärmekraft	Mill. kWh	295	...	335	320	325	405	577
Steinkohle	Mill. kWh	98	...	102	85	90	88	92
Erdgas	Mill. kWh	186	...	219	206	203	305	475
Heizöl	Mill. kWh	1,47	...	3,04	19,01	21,09	0,45	1,21
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	9	...	10	10	11	11	9
Stromeinspeisung	Mill. kWh	9	...	12	11	12	15	20
darunter von Betreibern regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	6	...	7	8	7	10	12
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 233	...	3 946	3 028	3 170	3 471	3 382
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 607	...	1 919	1 376	1 508	1 693	1 764
Stromabgabe an das öffentl. Netz ³⁾	Mill. kWh	1 994	...	2 458	2 069	2 110	2 301	2 335
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,94	...	1,86	0,14	0,22	0,46	1,01
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 404	...	8 445	6 218	5 632	7 297	7 717
Verfügbare Gasmenge ⁴⁾	Mill. kWh	5 403	...	8 404	6 084	5 562	7 338	7 805
Handwerk⁵⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1994=100	90
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1994=100	91
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau^{6) 7)}										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 225	47 644	42 430	41 669	47 950	47 444	45 372	44 900	45 286
Facharbeiter	Anzahl	25 669	25 556	22 962	22 517	25 566	25 118	23 947	23 581	23 663
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 940	8 474	7 225	7 043	8 493	8 365	7 845	7 894	8 299
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 707	4 754	2 316	3 192	4 665	3 708	3 416	3 351	4 750
Hochbau insgesamt	1 000	2 982	3 038	1 708	2 140	2 983	2 412	2 331	2 221	2 945
Wohnungsbau	1 000	1 878	1 967	1 023	1 319	1 940	1 549	1 503	1 466	1 953
gewerblicher Hochbau	1 000	816	798	526	618	777	668	634	573	739
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	754	730	501	588	727	572	586	532	674
Bahn und Post	1 000	28	44	8	8	29	81	40	31	48
landwirtschaftlicher Bau	1 000	35	24	17	22	21	15	8	10	17
öffentlicher Hochbau	1 000	288	274	159	203	266	195	194	182	253
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	69	66	41	43	67	31	46	34	48
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	219	208	118	160	199	164	148	148	205
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 716	608	1 052	1 682	1 296	1 085	1 130	1 805
gewerblicher Tiefbau	1 000	459	448	180	295	425	356	316	326	489
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	354	361	116	207	337	272	241	265	374
Bahn und Post	1 000	104	88	64	88	88	84	75	61	115
öffentlicher Tiefbau	1 000	580	565	253	408	577	437	403	406	648
Straßenbau	1 000	687	703	175	349	680	503	366	398	668
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	199	160	147	181	205	172	155	178
Löhne	Mill. DM	156	154	120	109	138	157	130	114	136
Gehälter	Mill. DM	43	46	40	39	43	48	42	41	42
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	631	676	415	353	513	784	495	427	672

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. – 4) Einschließlich Meßdifferenzen. – 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997					1998		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	913	1 009	826	802	1 146	691	849	970	1 323
mit 1 Wohnung	Anzahl	587	704	568	552	789	501	569	736	952
mit 2 Wohnungen	Anzahl	188	195	145	170	223	108	204	161	243
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	110	113	80	134	82	76	73	128
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 067	1 117	1 003	857	1 258	769	919	1 008	1 548
Wohnfläche	1 000 m ²	189	197	176	152	222	135	164	178	254
Wohnräume	Anzahl	8 584	9 044	8 170	6 803	10 018	6 045	7 313	7 830	11 497
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	461	482	429	368	542	336	395	429	628
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	4	-	1	1	3	2	2	1
Unternehmen	Anzahl	109	146	116	130	157	159	164	148	153
Private Haushalte	Anzahl	801	860	710	671	988	529	683	820	1 169
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	184	133	131	134	145	156	137	176
Umbauter Raum	1 000 m ³	741	881	513	900	591	560	805	558	786
Nutzfläche	1 000 m ²	123	143	77	110	97	104	121	102	138
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	174	192	97	210	124	145	226	117	174
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	18	11	10	12	16	17	13	14
Unternehmen	Anzahl	136	156	114	116	107	122	132	119	155
Private Haushalte	Anzahl	8	11	8	5	15	7	7	5	7
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 141	2 128	1 897	1 550	2 320	1 501	1 668	1 719	2 486
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 198	3 441	3 085	3 312	3 286	3 548	3 413
EU-Länder	Mill. DM	1 902	1 905	1 679	1 894	1 913	1 903	1 890
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	228	225	201	215	230	227	207
Dänemark	Mill. DM	49	59	55	50	96	47	54
Finnland	Mill. DM	26	28	24	28	28	25	29
Frankreich	Mill. DM	510	454	378	471	454	500	448
Griechenland	Mill. DM	23	27	23	25	30	28	22
Großbritannien	Mill. DM	279	290	249	301	272	277	273
Irland	Mill. DM	13	13	13	15	16	14	13
Italien	Mill. DM	234	242	234	240	244	207	240
Niederlande	Mill. DM	203	211	194	208	204	222	230
Österreich	Mill. DM	131	134	116	124	126	143	163
Schweden	Mill. DM	60	56	49	58	62	46	47
Spanien	Mill. DM	121	141	116	136	126	143	140
Portugal	Mill. DM	24	25	26	22	25	24	25
USA und Kanada	Mill. DM	225	253	286	238	269	289	263
Japan	Mill. DM	84	83	110	97	60	78	76
Entwicklungsländer	Mill. DM	443	529	465	489	475	571	470
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	217	301	221	242	257	333	327
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 315	2 312	2 017	2 173	2 421	2 563	2 237
EU-Länder	Mill. DM	1 534	1 455	1 161	1 447	1 566	1 693	1 407
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	230	247	179	246	207	266	206
Dänemark	Mill. DM	47	45	40	42	42	41	56
Finnland	Mill. DM	11	9	8	6	10	10	8
Frankreich	Mill. DM	468	359	244	365	406	438	366
Griechenland	Mill. DM	3	2	2	1	1	8	1
Großbritannien	Mill. DM	106	108	90	105	115	106	88
Irland	Mill. DM	20	20	15	17	35	21	58
Italien	Mill. DM	174	166	155	175	179	148	180
Niederlande	Mill. DM	219	239	177	216	244	399	237
Österreich	Mill. DM	71	77	61	66	87	88	65
Schweden	Mill. DM	57	44	41	66	45	33	36
Spanien	Mill. DM	104	114	118	114	179	107	88
Portugal	Mill. DM	23	25	30	27	16	30	19
USA und Kanada	Mill. DM	157	160	170	161	172	161	139
Japan	Mill. DM	99	82	89	57	85	84	69
Entwicklungsländer	Mill. DM	166	186	195	143	160	190	217
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	135	196	160	135	214	218	174

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997					1998		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	99,5	98,4	97,3	97,3	97,8	100,3	98,7	97,1	98,8
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	102,7	104,1	101,3	101,2	102,6	108,6	107,5	105,2	107,8
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,0	101,5	92,4	87,2	103,0	118,9	89,7	84,8	108,5
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,5	97,7	96,9	97,2	97,8	96,9	96,4	96,7	97,8
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,6	103,9	94,4	91,1	98,4	100,8	92,3	91,5	110,6
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,3	95,2	89,5	88,9	93,1	93,4	92,7	92,5	93,6
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	99,7	97,5	91,5	90,9	95,9	94,5	93,9	94,0	97,7
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,6	96,1	77,5	79,1	91,7	92,8	78,4	76,1	86,7
Tourismus in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	512	507	261	269	351	304	247	272	365
Ausländer	1000	101	101	48	56	62	67	43	58	60
Übernachtungen	1000	1 728	1 626	828	845	1 143	991	748	845	1 038
Ausländer	1000	316	308	132	178	183	204	110	181	149
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 336	1 364	1 194	1 175	1 397	1 270	1 345
Güterversand	1000 t	788	803	543	757	858	733	682
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 607	15 873	13 446	13 892	20 265	12 144	13 770	14 502	24 109
Krafträder	Anzahl	1 285	1 512	327	1 377	3 100	263	537	1 219	2 819
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 313	13 235	12 221	11 591	16 001	10 602	12 241	12 255	19 731
Lastkraftwagen	Anzahl	678	799	655	610	698	1 022	719	669	959
Zugmaschinen	Anzahl	192	192	169	185	243	124	171	220	383
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 467	1 488	1 064	1 099	1 356	1 196	1 164	1 088	1 284 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 956	8 007	9 423	7 248	7 247	8 868	7 680	7 442	7 424 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	1 981	2 025	1 483	1 487	1 841	1 684	1 589	1 484	1 764 ^P
Getötete	Anzahl	31	32	28	17	31	31	25	20	28 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	19	19	19	13	22	23	19	11	13 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	1	1	6	1	1	3	8 ^P
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	1	2	1	-	1	5 ^P
Fußgänger	Anzahl	4	4	6	2	1	6	5	5	2 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	497	490	303	381	471	361	374	351	428 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	285	266	215	264	264	253	227	215	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	86	97	12	37	85	23	38	40	...
Radfahrer	Anzahl	52	56	6	23	50	18	22	32	...
Fußgänger	Anzahl	56	50	52	47	52	55	77	54	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse ³⁾	Anzahl	102	104	115	96	86	96	91	103	124
Angemeldete Forderungen	1000 DM	67 528	75 825	85 662	73 417	47 923	103 705	78 175	41 820	99 089
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Vorläufige Ergebnisse. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Kredite und Einlagen ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	142 495	155 992	.	.	145 641	155 992	.	.	159 291
Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	139 651	151 431	.	.	142 140	151 431	.	.	153 976
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	24 069	25 244	.	.	24 561	25 244	.	.	24 913
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	23 193	23 874	.	.	23 666	23 874	.	.	23 830
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	876	1 370	.	.	895	1 370	.	.	1 083
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 374	11 556	.	.	11 202	11 556	.	.	11 935
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 642	9 977	.	.	9 560	9 977	.	.	10 249
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 732	1 579	.	.	1 642	1 579	.	.	1 686
Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	104 208	114 631	.	.	106 377	114 631	.	.	117 128
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	90 490	99 743	.	.	92 680	99 743	.	.	101 298
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 718	14 888	.	.	13 697	14 888	.	.	15 830
Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	121 319	126 194	.	.	120 831	126 194	.	.	126 302
Sichteinlagen	Mill. DM	23 913	25 273	.	.	22 184	25 273	.	.	24 472
Termineinlagen	Mill. DM	39 399	40 417	.	.	39 989	40 417	.	.	40 935
Spareinlagen	Mill. DM	58 007	60 504	.	.	58 658	60 504	.	.	60 895
Steuern ²⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern ³⁾	Mill. DM	3 228	3 344	2 802	3 472	3 065	4 941	3 130	3 566	3 325
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 362	1 359	1 059	1 363	1 377	2 835	1 147	1 355	1 471
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 088	1 065	1 416	740	1 625	1 115	1 398	822
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. DM	182	179	-	632	-	-	-	634	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	36	20	- 156	- 136	227	554	- 176	- 187	157
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	50	57	82	10	4	22	674	8	33
Zinsabschlag	Mill. DM	46	41	127	87	12	14	129	78	13
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. DM	23	59	-	72	-	-	-	60	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	143	153	- 57	- 14	393	620	- 594	58	447
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	Mill. DM	13	12	-	16	-	6	-	2	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 865	1 986	1 743	2 109	1 688	2 105	1 984	2 211	1 854
Umsatzsteuer	Mill. DM	686	684	696	810	534	694	689	819	407
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 179	1 302	1 047	1 300	1 154	1 411	1 295	1 392	1 447
Zölle	Mill. DM	201	218	178	242	198	160	188	211	197
Bundessteuern	Mill. DM	533	250	111	100	314	665	110	92	307
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	439	153	20	29	197	448	16	26	218
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	85	87	82	51	106	208	84	39	78
Landessteuern	Mill. DM	143	111	118	31	98	125	141	112	157
Vermögensteuer	Mill. DM	40	5	7	6	7	4	5	3	4
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	58	65	69	54	58	62	77	68	86
Biersteuer	Mill. DM	8	7	8	7	6	6	8	6	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einführen aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. – 3) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	772	782	.	.	713	935
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	.	.	7	8
Grundsteuer B	Mill. DM	146	154	.	.	134	140
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	536	536	.	.	485	691
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	62	63	.	.	70	80
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 127	1 977	2 070	1 957	1 716	2 983	2 618	1 942	1 945
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	639	649	549	653	615	1 254	867	661	661
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	945	1 069	1 407	1 200	787	1 041	1 636	1 181	977
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 088	1 067	960	960	979	1 730	1 038	1 071	1 014
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	545	537	448	527	568	1 158	489	529	611
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	372	391	384	391	313	376	391	410	246
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 175	1 170	.	.	869	1 626
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	425	432	.	.	427	540
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer ⁴⁾	Mill. DM	514	493	.	.	215	842
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1991 = 100	114,1	116,1	115,2	115,6	115,5	116,5	116,5	116,9	116,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,6	111,2	110,5	110,7	110,5	111,7	112,3	112,3	112,1
Preisindex für Wohngebäude im früheren Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	115,3	115,4	.	114,9	.	.	.	114,4	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 320	4 387	4 267
Arbeiter	DM	4 485	4 545	4 424
Arbeiterinnen	DM	3 146	3 210	3 166
Bruttostundenverdienste	DM	25,99	26,39	26,20
Arbeiter	DM	26,84	27,21	27,10
Facharbeiter	DM	28,54	29,01	28,90
Angelernte Arbeiter	DM	25,70	25,99	25,86
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,61	22,52
Arbeiterinnen	DM	19,68	20,06	19,75
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,06	19,34	19,07
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,2	37,5
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	37,6
Arbeiterinnen	Std.	36,8	36,8	36,9
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 131	6 221	6 175
Kaufmännische Angestellte	DM	5 560	5 669	5 635
Männer	DM	6 502	6 601	6 582
Frauen	DM	4 514	4 624	4 576
Technische Angestellte	DM	6 577	6 645	6 591
Männer	DM	6 730	6 787	6 733
Frauen	DM	5 026	5 186	5 129
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 422	4 511	4 505
Kaufmännische Angestellte	DM	4 409	4 491	4 492
Männer	DM	5 104	5 147	5 174
Frauen	DM	3 792	3 874	3 871

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ab 1996 einschließlich der Ausgleichsleistungen nach § 20a FAG. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996		1997				1998	
			Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	81 662	81 895	82 012	82 018	82 020
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	35 878	35 608	39 094	13 850 ^P	16 764 ^P	21 955 ^P	38 932 ^P	12 917 ^P	15 754 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	63 768	66 334	66 915	69 878 ^P	64 631 ^P	58 714 ^P	64 193 ^P	63 146 ^P	61 243 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 716	73 570	76 483	83 933 ^P	75 132 ^P	69 140 ^P	75 319 ^P	73 537 ^P	71 939 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-9 948	-7 236	-9 568	-14 055 ^P	-10 501 ^P	-10 426 ^P	-11 126 ^P	-10 391 ^P	-10 696 ^P
Arbeitslose	1 000	3 612	3 965	4 148	4 658	4 672	4 322	4 522	4 823	4 819
Männer	1 000	1 851	2 112	2 228	2 634	2 647	2 234	2 405	2 640	2 662
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	9,4	10,4	10,8	12,2	12,2	11,3	11,8	12,6	12,6
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	10,4	11,5	12,0	13,5	13,5	12,5	13,1	14,0	14,0
Offene Stellen	1 000	321	327	271	297	338	304	304	338	394
Kurzarbeiter	1 000	199	277	205	293	329	125	120	146	172
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden^{6) 7)}										
Beschäftigte	1 000	6 779	6 520	6 411	6 424	6 417	6 422	6 388	6 344	6 345
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	574	540	475	535	523	551	493	520	524
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	172 810	173 275	176 160	164 295	165 363	194 399	190 501	169 401	174 443
Auslandsumsatz	Mill. DM	49 032	51 438	53 411	50 622	52 720	63 402	61 836	54 879	58 683
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1991 = 100	95,8	95,7	91,4	90,9	92,7	107,0	98,1	94,4 ^f	98,0
Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	99,7	98,1	87,2	94,8	96,0	110,2	96,3	101,3 ^f	102,3
Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	93,3	95,6	103,7	86,3	91,5	109,1	110,5	88,8 ^f	98,2
Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	84,6	85,1	73,5	81,8	84,0	97,0	76,0	80,0 ^f	90,7
Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	97,2	96,5	89,0	95,4	91,0	100,0	91,5	95,7 ^f	89,6
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	38 453	40 468	45 513	48 859	41 209	43 750
Gaserzeugung	Mill. kWh	30 528	30 975	35 734	35 439	33 534	33 420
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau^{8) 9)}										
Beschäftigte	1 000	1 412	1 312	1 271	1 144	1 112	1 225	1 193	1 111	1 078
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	146	130	102	71	88	129	94	82	83
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	19 042	18 109	23 693	10 238	11 223	20 183	21 292	10 786	10 896
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 300	17 772	17 538	13 951	14 967	16 376	18 401	14 069	13 074
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	13 970	15 021	14 416	11 869	12 700	14 347	16 014	12 539	12 307
Wohnfläche	1 000 m ²	4 014	3 779	3 965	3 009	3 321	3 216	3 676	2 703	2 601
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 394	3 337	3 102	2 604	2 688	3 165	3 114	2 583	2 610
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	53 258	48 031	52 570	39 102	43 767	39 576	45 218	31 624	30 479
Handel und Gastgewerbe¹⁰⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	100,6	117,6	94,8	89,0	102,6	118,8	92,6	88,9
Großhandel										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	98,5	95,7	92,4	90,2	103,8	100,6	93,4	93,2
Gastgewerbe										
Umsatz ¹¹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,0	97,3	95,6	80,4	80,9	88,4	94,8	80,8	80,6

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen. (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 8) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 9) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich. – 10) Vorläufige Ergebnisse. – 11) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1995	1996		1997				1998	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	62 461	64 326	66 198	64 246	67 945	79 513	77 324	73 882	77 262
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	36 326	36 294	38 011	36 820	39 495	44 495	42 021	43 228	44 927
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 095	4 009	4 477	4 011	4 223	4 306	4 337	3 934	4 661
Frankreich	Mill. DM	7 322	7 005	7 426	7 181	7 859	8 761	7 976	8 404	8 755
Großbritannien	Mill. DM	5 159	5 139	5 398	5 487	5 741	6 770	6 182	6 463	6 914
Italien	Mill. DM	4 739	4 773	4 737	4 683	5 297	5 828	6 249	5 591	6 254
Niederlande	Mill. DM	4 760	4 777	5 014	4 600	5 082	5 496	5 139	5 999	5 541
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	55 353	55 755	58 461	59 025	58 718	66 546	65 005	67 899	65 318
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	31 242	30 735	33 913	30 777	33 245	36 142	35 894	37 939	36 333
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 664	3 512	3 669	3 238	3 753	3 805	4 075	3 868	3 670
Frankreich	Mill. DM	6 090	5 920	5 959	6 020	6 681	7 142	6 364	7 998	6 854
Großbritannien	Mill. DM	3 631	3 802	4 607	3 950	4 084	4 292	4 933	4 475	4 891
Italien	Mill. DM	4 735	4 584	4 877	4 418	4 803	5 525	4 786	5 318	5 001
Niederlande	Mill. DM	4 848	4 790	5 847	4 784	5 140	5 751	5 519	6 395	5 800
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 358	4 675	4 675	4 687	4 720	4 943	4 960	4 982	5 012 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 299	3 536	3 536	3 529	3 553	3 708	3 760	3 768	3 786 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 059	1 139	1 139	1 158	1 167	1 235	1 200	1 214	1 226 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 713	2 930	2 930	2 883	2 887	2 953	3 020	2 987	2 999 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	1 046	1 143	1 143	1 150	1 155	1 151	1 182	1 185	1 189 ^P
Steuern										
Gemeinschaftsteuern ²⁾	Mill. DM	48 966	46 997	82 908	46 666	38 188	38 187	86 346	46 560	38 440
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 713	26 484	59 064	25 911	15 679	16 109	62 850	26 513	15 681
Lohnsteuer	Mill. DM	23 558	20 940	38 667	22 090	17 520	18 375	38 374	22 245	17 883
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	1 166	968	10 128	- 1 514	- 2 905	- 2 850	10 858	- 1 852	- 3 305
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 552	19 767	21 663	20 714	22 419	21 607	21 433	19 888	22 501
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 541	16 698	18 099	18 028	19 150	17 704	17 597	16 610	18 868
Zölle	Mill. DM	593	549	600	457	592	691	550	502	550
Bundessteuern	Mill. DM	11 172	11 489	24 357	4 003	9 638	9 390	24 935	4 210	9 088
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 175	1 196	632	778	4 552	898	601	784	4 587
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 803	8 115	19 240	1 146	3 684	7 107	19 551	1 244	3 463
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1991 = 100	103,1	105,6	105,9	106,7	106,7	106,6	107,0	106,6	106,9
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1991 = 100	91,6	91,1	88,9	89,3	89,6	93,2	93,0	92,2 ^P	93,0 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1991 = 100	104,0	103,5	103,8	104,1	104,1	105,0	104,9	104,8	104,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	116,8	116,7	.	.	116,2	115,7	.	.	115,3
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1991 = 100	117,1	117,0	.	.	116,6	116,1	.	.	115,7
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	109,1	107,7	.	.	106,5	105,5	.	.	105,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	114,8	116,5	117,0	117,6	118,1	118,9	119,1	119,1	119,4
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	108,4	109,2	109,1	110,1	110,3	111,2	111,4	112,0	112,1
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	107,7	108,5	109,0	108,8	108,8	109,3	109,3	109,1	109,1
Wohnungsmieten	1991 = 100	133,4	137,9	139,4	140,2	140,6	142,6	142,7	143,1	143,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	104,9	103,3	105,3	106,9	105,7	105,7	105,3	104,2	104,1
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	109,3	110,2	110,5	110,5	110,6	111,0	111,0	111,1	111,2
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	112,7	115,0	115,6	115,7	116,7	121,7	122,0	122,0	122,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	113,4	115,7	115,7	116,1	116,2	116,9	116,6	116,3	116,2
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	110,5	111,6	112,2	114,3	114,3	114,6	114,8	115,1	115,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	122,5	123,3	123,0	121,5	126,3	123,5	125,4	123,9	127,7

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

**Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet im April 1998**

Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu April 1997 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	116,9	1,4
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	112,6	1,5
Bekleidung, Schuhe	110,2	0,5
Wohnungsmieten	130,1	1,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	100,7	-
Möbel, Haushaltsgüter u. a. Güter für die Haushaltsführung	112,4	0,7
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	119,4	4,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	115,9	0,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	113,9	0,8
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	123,1	2,7
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	117,6	1,6
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	117,1	1,4
2-Personen-Haushalte von Rentenempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	120,1	2,6
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	119,5	1,4

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Schweinebestände steigen wieder an

Anfang April 1998 gab es in Rheinland-Pfalz 42 400 Zuchtsauen. Das ist gegenüber dem Vorjahresmonat eine Zunahme um 4,8 %. Besonders die Aufstockung der Jungsaunenbestände (+ 12 %) hat zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Zahl der trächtigen Sauen als Indiz für die weitere Entwicklung des Schweinebestandes lag um 4,4 % höher als im Jahr zuvor. Neben den Zuchtsauen hat die Zahl der Ferkel (+ 8,5 %) über-

durchschnittlich stark zugenommen. Die Mastschweinebestände wurden um 2 % ausgedehnt. Die Zahl der Schweinehaltenden Betriebe belief sich auf rund 5 400 mit insgesamt 409 000 Schweinen. bd

Mehr Ein- und Zweifamilienhäuser genehmigt

Im ersten Quartal 1998 wurden in Rheinland-Pfalz 2 257 Ein- und 608 Zweifamilienhäuser mit zusammen 3 473 Wohnungen genehmigt. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der genehmigten Gebäude um 17,1 % und die der Wohnungen um 16,2 % an. Damit setzt sich die im Jahre 1997 beobachtete Entwicklung fort.

Beim Bau von Mehrfamilienhäusern ist ein weiterer Rückgang festzustellen. In 277 Gebäuden sollen 1 652 Wohnungen entstehen; das ergibt ein Minus von 14,5 % bei diesen Gebäuden und von 18,3 % der darin befindlichen Wohnungen. hw

Mehr Winterraps und Roggen angebaut

Im Herbst 1997 haben die Landwirte in Rheinland-Pfalz erneut mehr Winterraps als im Jahr zuvor ausgesät (+ 17 %). Eine ähnlich hohe Flächenausdehnung ist nach den Angaben der Betriebsberichterstatte auch beim Roggen zu verzeichnen. Bei Winterweizen und Triticale wurde der Anbau um 5 bzw. 6 % ausgeweitet. Die Aussaat von Sommergerste und Hafer erfolgte in diesem Frühjahr in ähnlichem Umfang wie im Vorjahr.

Größere Anbaueinschränkungen gab es bei der Wintergerste (- 14 %) und bei Kartoffeln (- 12 %). pt

Immer mehr Alleinlebende

Die Zahl der alleinlebenden Personen hat weiterhin zugenommen. Nach Ergebnissen des Mikrozensus gab es im April 1997 nahezu 592 000 Einpersonenhaushalte in Rheinland-Pfalz. Das sind 3 000 mehr als ein Jahr zuvor und über 110 000 mehr gegenüber 1990. Mit jeweils fast 40 % haben die ledigen und verwitweten Personen den weitaus größten Anteil an den Alleinlebenden; geschieden sind 13 % und verheiratet getrenntlebend 7 %. Besonders häufig leben ältere Menschen allein, so liegt der Anteil der Alleinlebenden, die 65 Jahre oder älter sind, bei mehr als 42 %. ic

Soeben erschienen!

**Faltblatt
„Fremdenverkehr 1998“**

**Rheinland - pfälzischer Tourismus als
bedeutender Wirtschaftsfaktor
Eckdaten vermitteln raschen Überblick**

Der Tourismus stellt in Rheinland-Pfalz nach wie vor einen sehr bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar, weil die zahlreichen landschaftlich reizvollen Erholungsgebiete mit einem breitgefächerten und qualitativ ansprechenden Angebot aufwarten können. Im Bundesländervergleich nimmt Rheinland-Pfalz einen der vorderen Plätze ein. Auf 1 000 Einwohner entfielen 1997 durchschnittlich 4 868 Übernachtungen.

6,1 Millionen Gäste mit 19,5 Millionen Übernachtungen meldeten die rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe 1997. Den in- und ausländischen Touristen standen annähernd 187 000 Betten zur Verfügung, ein Drittel davon alleine in Hotels, ein weiteres Fünftel in den Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben. Jede vierte Übernachtung fand in der Region Mosel/Saar statt. Die Stadt Bernkastel-Kues ist – gemessen an der Übernachtungszahl – die wichtigste Fremdenverkehrsgemeinde und hat Bad Neuenahr-Ahrweiler überflügelt. Es folgen Mainz, Gunderath und Bad Dürkheim auf den Plätzen. Auf 246 Campingplätzen kommen nochmal 878 000 Gäste mit gut 4,5 Millionen Übernachtungen dazu. Auf den Campingplätzen des Fremdenverkehrsgebietes Westerwald/Lahn/Taunus wurden die meisten Gäste und Übernachtungen gezählt.

Diese und einige andere Informationen sind dem aktuellen Faltblatt „Fremdenverkehr 1998“ zu entnehmen, das Sie beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Mainzer Straße 14-16, 56130 Bad Ems, Telefon 0 26 03/71 245, bestellen können. Die Schutzgebühr beträgt 0,50 DM. Bei Bestellung von höheren Stückzahlen reduziert sich der Stückpreis ab 100 Exemplaren auf 0,25 DM und ab 500 Exemplaren auf 0,20 DM.

Rheinland-Pfalz

Fremdenverkehr



1998



Übernachtungen nach Fremdenverkehrsgebieten

Fremdenverkehrsgebiet	1987		1997	
	Anzahl	Anteil an insgesamt in %	Anzahl	Anteil an insgesamt in %
Rheintal	1 997 121	10,4	2 060 558	10,6
Rheinhausen	932 569	4,8	979 730	5,0
Eifel / Ahr	4 251 595	22,0	3 982 141	20,4
Mosel / Saar	4 126 888	21,4	4 924 675	25,2
Hunsrück / Nahe / Glan	2 396 939	12,4	2 182 974	11,2
Westerwald / Lahn / Taunus	2 065 329	10,7	1 657 809	8,5
Pfalz	3 518 198	18,2	3 730 001	19,1
Insgesamt	19 288 639	100	19 517 888	100

STATISTISCHES LANDESAMT

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da die Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.